

Brosch.
I 2848

**Die Ansprüche
des ehemaligen Herzogshauses
auf braunschweigisches
Staatsgut**



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig

I.

**Die Gegenschrist des Staatsministeriums
auf die Klage des ehemaligen herzoglichen
Hauses mit dem Gutachten des Ober-
gerichtspräsidenten Dr. Hettling-Wolfen-
büttel, vom Jahre 1848.**

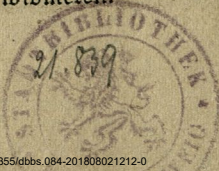
I. Es wird der Einwand der Unzulässigkeit des Rechts-
weges erhoben.

1. Die Klage sucht zunächst sich darauf zu gründen, daß
sie von dem angeblichen Privateigentum der Klagepartei
an dem Ganzen oder einem Teil des sogenannten Kammer-
gutes ausgeht. Dies beruht auf völliger Verkennung der
in Betracht kommenden staatsrechtlichen Verhältnisse. Es
mag zunächst darauf hingewiesen sein, daß es zwar auf
dieses angebliche frühere Privateigentum nicht ankommt,
daß aber gleichwohl die diesbezüglichen Ausführungen
der Klage auch insoweit unrichtig sind.

Die fürstliche Gewalt der deutschen Einzelsürsten ist
im revolutionären Kampfe gegen die deutsche Reichsregie-
rung im Laufe der Jahrhunderte erstritten worden.

Es ist richtig, daß unter den in den einzelnen Teilen
Deutschlands wohnenden Grundbesitzern einige, welche
ein bedeutenderes Privateigentum hatten als andere, ge-
stützt auf dieses Privateigentum die Souveränität nach
und nach erlangt haben. Die Klage aber übersieht, daß
dieselben, soweit nicht von Wien die Souveränität aus
anderen Gründen (Belohnung) gegeben wurde und dann
die Betreffenden Eigentum in größerem Umfange er-
langten — das Gut folgte dem Amte — in anderen
Fällen (wie z. B. in Braunschweig) umgekehrt diese be-
güterten Privatleute gerade dadurch die Souveränität er-
langten, daß sie ihr Privateigentum als ein hinreichendes
und so gesichertes der Reichsgewalt in Wien vorführten,
daß dasselbe die staatlichen Zwecke in ihrem Territorium
erfüllen könne.

Sie selbst sind es gewesen, die damals im Streben um
die Erlangung der Souveränität ihr Privateigentum dem
sovereänen Gedanken widmeten.



Deshalb jagt Rhamm "Die Verfassungsgeetze des Herzogtums Braunschweig" (Verlag Bieweg und Sohn) § 1 Seite 1:

"Von dem welfischen Eigengut, welches der Enkel Heinrichs des Löwen, Otto das Kind, am 21. August 1235 auf dem Mainzer Reichstage in die Hand des Kaisers gab, um es als ein Herzogtum und Reichsfahnlehen zurückzuempfangen, bildet das Herzogtum Braunschweig in seinem heutigen Bestande nur den kleineren Teil."

Herzog Otto gab also sein welfisches Eigengut an den Kaiser, um es als Herzogtum zurückzuempfangen. Dieser Gesichtspunkt, nämlich der Eigenwidmung des Gutes für den Staatsgedanken, wird meist in den diesbezüglichen Ausführungen übersehen, zum Teil weil dieselben noch unter der monarchischen Herrschaft entwickelt sind, unter welcher der Gedanke des z. T. revolutionären Ursprungs der Landeshoheits-Souveränität teils absichtlich, teils unbewußt zurücktrat oder nicht durchdacht wurde.

Genau dem Vorstehenden entsprechend haben sich alle anderen begüterten Personen, welche in dem betreffenden Territorium wohnten, zunächst um diese Souveränität wenig gekümmert. Dieselben hatten gegenüber der Reichsgewalt in Wien ihre Verpflichtungen, wie z. B. Militärdienst, Reichsabgaben, welche sie getreulich erfüllten. Es war die Souveränität der Landesgebiete damals noch nicht soweit gediehen, daß diese etwa dieserhalb ein Abgaberecht hatten — auch die Prinzessinnensteuer beruhte auf den mit der Beleihung des Lehens verbundenen Ermägungen. In den folgenden Jahrhunderten zeigt sich vollkommen deutlich, daß die von Wien erlangte Souveränität sich auf bestimmte Einzelpunkte beschränkte (Gerichtbarkeit, Rechtsleben und dergl.), während irgend ein Recht, etwa Steuern den im Lande Wohnenden aufzuerlegen, absolut ausgeschlossen war.

Gerade die Braunschweigische Verfassungsgeichte ergibt mit ungewöhnlicher Klarheit, wie in allen Fällen, in welchen der Souverän etwa Steuern und Abgaben verlangte, er sich mit Bitten an die Abgabepflichtigen oder deren Vertreter (Landschaft) wenden mußte. Wenn diese Souveränität schon soweit gediehen gewesen wäre, daß er Steuern als Souverän hätte fordern können, so hätte es der jahrhundertelangen, bittweisen Abmachungen nicht bedurft. Es kam dies deshalb nicht in Frage, weil

ja der Souverän die Souveränität dadurch überhaupt nur erlangt hatte, daß er ein erhebliches Eigengut dem souveränen Zwecke gewidmet hatte und er deshalb alle Staatsausgaben auch selbst bestreiten konnte.

Aus dieser Zweckbestimmung ist die staatsrechtliche Eigenschaft des Kammergutes entstanden.

Es wird anliegend überreicht das Gutachten des Obergerichtspräsidenten Dr. Hettling, d. d. Wolfenbüttel, den 25. November 1848.

Dasselbe läßt klar erkennen, wie die Widmung zum souveränen Zweck, also diese Zweckbestimmung, die Bindung des sogenannten Kammergutes für die souveränen Zwecke enthält.

2. Nachdem 1235 die Souveränität gegenüber der Reichsgewalt in Wien erlangt war, wurde dieselbe im Laufe der nächsten Jahrhunderte ausgebaut, obwohl dieser Besitz der Souveränität kein ungetrübter blieb. Übermäßige Geldausgaben, die Notwendigkeit, an die anderen Einwohner des Landes um Hilfe zu appellieren, brachten im Laufe der folgenden Jahrhunderte für diese anderen Einwohner eine Mitbeteiligung an der wirklichen Souveränität, also eine Einschränkung derselben auf Teilgebieten. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bilden diese Vorgänge den Hauptkampf. Der Souverän gab nur ungern einen Teil der Souveränität an die übrigen Einwohner des Landes ab. Diese übrigen Einwohner des Landes wollten immer mehr Anteile an dieser Souveränität haben. Der Ausgang mußte notwendigerweise mit der vollen Souveränität der übrigen Einwohner enden, weil die Souveränität ihrer Grundlage nach auf dem Wiener Reichsgewaltswillen beruhte, mit dem Untergang dieser Gewalt sie aber gleichfalls ohne Grundlage blieb. Hinzu kamen die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche immer mehr die Teilnahme der einzelnen Mitglieder des Volkes an der Souveränität durch geordnete Vertretung herbeiführten.

Wegen der historisch gewordenen, von den Steuern ausgehenden Teilnahme an der Souveränität durch das Volk ergab sich eine tatsächliche Trennung, indem der Souverän uneingeschränkt blieb auf dem Gebiete, das mit den Steuern weniger zu tun hatte, und er nur hauptsächlich beschränkt wurde auf dem Gebiete, von welchem die steuerrechtlichen Verhältnisse ausgingen.

Dieser Vorgang bildete nur eine *Einschränkung*, die Souveränität im übrigen bestand weiter.

Soweit die Funktionen der Souveränität durch Haltung eines Hofstaats, eines Hofhalts, also die Erhaltung des Glanzes der Familie in Frage kamen, war der Souverän durch parlamentarische Kontrolle nicht behindert; was er tat, tat er als Souverän. Soweit die parlamentarische Kontrolle ging, war die freie Souveränität behindert. Deshalb hat das Reichsgericht in der Entscheidung Band 84 Seite 172 für gleichgeartete preußische Verhältnisse ausdrücklich festgestellt, daß der Souverän auch gegenüber seinen Hofbeamten als Souverän handelt und diese Hofbeamten „Beamte im weiteren Sinne“ sind, auch wenn sie nicht durch den Landtagsetat kontrolliert werden.

3. Das den Staatszwecken gewidmete souveräne Gut wird in Braunschweig Kammergut genannt. Es ist dem öffentlich-rechtlichen souveränen Zwecke gewidmet. Es ist jedem privatrechtlichen Eingriff entzogen. Jede Verfügung des Souveräns aber ist ein Ausfluß und Akt einer souveränen Ausübung.

4. Als die Ansprüche des Volkes auf Mitausübung der Souveränität immer größer wurden und sich immer mehr auch auf die Ausübung der Souveränität hinsichtlich des Staatsgutes, genannt Kammergut, erstrecken wollten, trat plötzlich ein Umschwung in der Stellungnahme des Souverän ein.

Während dieser zur Erlangung der Souveränität so nachdrücklich als möglich auf die Widmung des Gutes zu Staatszwecken gegenüber Wien hingewiesen hatte, wurde nunmehr versucht, im Kampfe gegen die anstürmenden Prätendenten an der Ausübung der Souveränität hinsichtlich des Staatsguts plötzlich den gar nicht in Betracht kommenden privatrechtlichen Eigentumscharakter des Staatsgutes in die Waagschale zu werfen unter Nichtbeachtung der durch die Jahrhunderte gefestigten Zweckbestimmung des Staatsgutes für den souveränen Zweck.

Dieser Versuch mit einem untauglichen Gedanken, nämlich der Herbeiziehung des Privateigentumsbegriffes, steigerte sich naturgemäß mit dem Augenblick zu der höchsten Spitze, als das Volk die volle Ausübung der Souveränität an sich nahm, also auch den Bestandteil der

Ausübung der Souveränität, der sich auf das Staatsgut bezog.

Der letzte Ausläufer findet sich in der hier vorliegenden Klage, welche den — nicht existierenden — Privateigentumsbegriff als Grund der Klage gegen den souveränen Staat auf Herausgabe des Staatsgutes seitens eines Privatmannes heranziehen will.

5. In der Zwischenzeit haben die *Vorgänger* dieser Versuche ihren Niederschlag, insbesondere auch in der braunschweigischen Gesetzgebung gefunden.

Zur Abkürzung mag ausgeführt werden, was Rhamm am angegebenen Orte Seite 40 ausführt:

„Das Kammergut des fürstlichen Hauses diente seit alten Zeiten, soweit es nicht für den Unterhalt des Regentenhauses in Anspruch genommen wurde, den Zwecken der Landesverwaltung. Wie sich das Verhältnis zuletzt entwickelt hatte, lag den Ständen nur ob, die für Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen, für Aussteuer der Prinzessinnen des fürstlichen Hauses und für die notwendige Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Ausgaben durch Steuern aufzubringen, daneben auch die Zinsen der Landesschuld abzuführen. Zu den Kosten der Landesverteidigung wurden außer dem Unterhalt des Militärs herkömmlicherweise die Legationskosten gerechnet. Auf dem Landtage von 1821 hatte die Landschaft aus Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Kammereinkünfte auch die Kosten des neu errichteten, gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichtes auf die Landessteuercasse übernommen. Im übrigen wurde der Staatsbedarf, namentlich die persönlichen wie sachlichen Ausgaben für Rechtspflege und allgemeine Landespolizei, durchweg aus der Kammercasse bestritten. Auf die Verwaltung dieser Casse hatten die Stände keinerlei Einfluß. Erwiesen sich die Einnahmen des Kammergutes und die hergebrachten Steuern zur Deckung des Staatsbedarfs unzureichend, so trat allerdings die Notwendigkeit an die Regierung heran, die Unzulänglichkeit der ihr zu Gebote stehenden Mittel der Landschaft glaubhaft darzulegen, um durch Bewilligung einer außerordentlichen Steuer oder durch Übernahme eines Theiles der Kammer Schulden auf das Land die nötige Beihilfe zu erlangen. Es leuchtet ein, daß diese Art der Wirt-

schaftsführung die unangenehmsten Verwickelungen nach sich ziehen, ja Regierung und Stände in betreff der finanziellen Verhältnisse des Landes geradezu in eine feindselige Stellung gegeneinander bringen aufste. Die Landschaft geriet leicht in Versuchung, alle Landesaussgaben tunlichst auf die Kammerkasse abzuschieben, wogegen die Regierung sich auf den Einwand zurückzog, daß die Kammerkasse sie zu tragen außerstande sei. Dieser Widerstreit beherrschte eigentlich seit den letzten beiden Jahrhunderten die ganze Verfassungsgeichte des Staates. Zugleich gefährdete die bestehende Einrichtung auch die Wohlfahrt des Landes insofern, als sie für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Kammergutes durchaus keine Sicherheit darbot. Gewiß hatte der Landesherr, schon um hinsichtlich der Gestaltung seiner Hofhaltung seinen Neigungen und Launen keinen Zwang antun zu müssen, das dringendste Interesse daran, die Einkünfte des Kammergutes möglichst in die Höhe zu bringen, allein die Gefahr lag doch nahe, daß dabei weder auf die Bedürfnisse des Landes, noch auf die Zukunft Rücksicht genommen wurde — es sind Beispiele genug dafür vorhanden —, daß ferner zum Zwecke einer augenblicklichen Vermehrung der Einnahmen die notwendigen Wirtschafts- und Verwaltungsausgaben herabgedrückt und damit die nachhaltige Ertragsfähigkeit der Güter beeinträchtigt wurde. Zu verschiedenen Malen, zuletzt noch bei der Beratung der N.L.D. hatten daher die Stände den Versuch gemacht, eine gewisse Teilnahme an der Verwaltung des Kammergutes zu erlangen, allein stets ohne Erfolg.“

Im Artikel 24 der Privilegien von 1770 waren die den Landständen zugebilligten Rechte eingehend begrenzt. Im Edikt vom 1. Mai 1794 waren die Garantien für die Verwaltung des Kammergutes durch eine Art parlamentarischer Kontrolle verstärkt. Über die verschiedenen Abmachungen von 1820 ab kam man zu den Erörterungen, welche zur Neuer Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 und dem Finanznebenvertrag vom 12. Oktober 1832 führten. Dieselben enthalten eine vollständige Festlegung der Volks-Souveränität hinsichtlich des Kammergutes.

Im § 164 wurde hervorgehoben, daß die bisherigen Rechtsverhältnisse des Kammergutes und das Bestehen

des Edikts vom 1. Mai 1794 nicht geändert werden sollten. Die seit 1235 bestehende Widmung des Kammergutes für den souveränen Zweck war unverändert geblieben, indem man es absichtlich vermied, die gar nicht hierher passenden Privateigentumsbegriffe auch nur einer Erörterung oder Feststellung zu unterziehen. Dagegen wurde, was für den Staat die Hauptsache ist, öffentlich-rechtlich alles verfügt, was hinsichtlich des Kammergutes im Interesse der Souveränität erforderlich war. Es wurde festgelegt, aus welchen Bestandteilen das Kammergut besteht. Dasselbe sollte weiter von dem Souverän verwaltet werden. Über die Verwaltung war der Volksvertretung nur Mitteilung zu machen. Bezüglich der Substanz war jede Inangriffnahme durch § 164 Abs. 2 verboten. Bezüglich der Einkünfte war bestimmt, daß dieselben verwendet werden müssen

für die souveränen Zwecke.

Die souveränen Zwecke zerfallen in zwei Unterabteilungen:

Die eine betrifft die Bedürfnisse des Fürsten, die andere die Bedürfnisse des Landes. Jede Verwendung zu irgend einem anderen, insbesondere privaten Zwecke wurde ausdrücklich verboten.

Nach der damaligen Verfassung waren für den braunschweigischen Staat sowohl der Souverän als die Abgeordneten vorgeschrieben. Es lag deshalb im Staatsgedanken, daß ein Souverän sein und einen Teil der Staatsgelder bekommen mußte. Er bekam sie aber nur aus diesem Grunde, weil er der Souverän war. Die Einkünfte durften nur ihm gegeben und von ihm auch nur als Verwalter des Kammergutes genommen werden, weil er der Souverän war.

Im § 170 ist sogar einzeln angegeben, was zum souveränen Bedarf des Landesfürsten und des landesfürstlichen Hauses gehört. Eine Rechenschaft braucht der Landesfürst nicht zu geben, weil insoweit eine Mitsouveränität des Abgeordnetenhauses nicht beliebt wurde.

Die Überschüsse über diesen Zweck aber müssen von dem Souverän als Verwalter des Staatsgutes an die dem Abgeordneten unterstehende Finanzkasse abgeführt werden, damit sie zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landes im übrigen verwendet werden. Soweit sie nicht reichen, schließt sich dann erst im § 173 die Steuerbewilligung an. Es kann deshalb füglich keinem Zweifel unterliegen, daß nur der Landesfürst als

solcher das Kammergut zu verwalten und einen Teil der Einkünfte an sich nehmen kann.

Bei den Vorverhandlungen war die Erörterung darüber hin- und hergegangen, wer von den beiden auf die Einkünfte des Staatsgutes berechtigten Teilen der Souveränität den Vorzug haben sollte, ob der eine der „Abfindling“ sein sollte oder der andere (vgl. Rhamm am angegebenen Orte Seite 41). Dies bezog sich auf die Höhe der Summe. Zeitweise wollte jeder der Beteiligten lieber eine feste, hohe Summe haben und den anderen auf den Überrest verweisen, weil man glaubte, daß der Überrest vielleicht nicht so wesentlich sei.

Zeitweise wurde entgegengesetzte Stellung genommen, weil man den Überrest für erheblicher hielt.

Schließlich war man dahin einig, daß der Landesfürst eine feste Summe erhielt, die aber im Nebenvertrag ausgeworfen wurde. Dafür wurde aber der Staat verpflichtet, wenn das Staatsgut nicht hinreicht, die Differenz aus den Steuern zu zahlen. Deshalb wurde im § 169 festgesetzt, daß der dem Souverän als solchem zukommende Summenbetrag zunächst und zuvörderst aus dem Kammergute genommen werden solle.

Es ist offenbar unrichtig, wenn die Klage aus der Verwendung des Wortes „vorbehalten“ mit dem Begriff des Privateigentums operieren will. Die Klage gibt übrigens Seite 11 zu, daß die Festsetzung des persönlichen Bedarfs des Landesherrn und der landesherrlichen Familie Gegenstand einer öffentlich-rechtlichen Festsetzung sein kann und nach der konstituellen Staats-Theorie sein muß. Aus der Festsetzung der Summe der Höhe nach folgert die Klage rechtsirrig, daß deshalb auf einen privatrechtlichen Begriff geschlossen werden könne. Ebenso unrichtig ist die Ausführung der Klage, „Letzten Endes“ seien die Ansprüche privatrechtlichen Charakters. Es handelt sich durchweg nur um Ansprüche öffentlich-rechtlicher Art.

6. Unerheblich ist selbstverständlich, ob die Klage zu Unrecht versucht, den Anspruch als einen privatrechtlichen zu erklären, weil dadurch an der objektiven Eigenschaft des Anspruchs nichts geändert wird, da diese Eigenschaft dem Willen der Parteien entzogen ist (vgl. Reichsgerichtsentscheidung bei Gruchot Band 53).

Ebenso wenig ist der Umstand, daß es sich um einen vermögensrechtlichen Anspruch handelt, ein Fingerzeig für

die Entscheidung der Frage, ob es sich um einen öffentlichen oder privaten Anspruch handelt (vgl. Gaupp-Stein Kommentar S. 7, Wach Band 1 Seite 86 ff. Hellwig System Band 1 Seite 43).

Die Qualität eines Anspruches als eines öffentlich-rechtlichen ergibt sich aus der Natur des Rechtsverhältnisses, aus welchem der Anspruch sich herleitet, und nicht aus Vereinbarungen der Parteien oder den einseitigen Klagebehauptungen der Klagepartei (Entscheidung des Reichsgerichts Band 59 Seite 7, Band 57 Seite 352, Band 69 Seite 293).

„Publizistisch, sagt Hellwig S. 44, sind die Rechte und Pflichten, die das Gesetz mit Zweckbeziehung auf das Ganze schafft.“

„Publizistisch sind auch die Rechte, die den einzelnen oder den Verbänden als den Gliedern der herrschenden Gewalten eingeräumt sind.“

Gaupp-Stein drückt denselben Gedanken negativ aus, indem er a. a. O. sagt: „Privatrecht ist das Rechtsverhältnis der Gesetzesuntertanen zueinander, das unabhängig von der Zugehörigkeit (und damit auch der Organstellung) zu einem Gemeinwesen besteht“.

Daraus ergibt sich, daß die Zivilliste, d. h. die konkretisierte Verpflichtung des Staates zur Gewährung des standesgemäßen Unterhalts an den Landesherren und sein Haus, also in seiner Eigenschaft als Souverän, ein öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis zwischen Staat und Staatsorgan ist, und daß die hieraus entspringenden Ansprüche nicht von dem Träger der Hoheitsrechte im Wege der Klage vor den ordentlichen Gerichten geltend gemacht werden können.

Die Auffassung, daß die Zivilliste ein öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis ist, steht nicht nur in Übereinstimmung mit dem natürlichen Rechtsgefühl, nach welchem in Ansehung der Zivilliste der Staat und der Monarch sich nicht in der Rolle von Privatpersonen gegenüberstehen, sondern sie wird noch bestätigt durch die Folgerungen, welche sich aus der Idee der monarchischen Staatsform ergeben.

„Der souveräne Landesfürst als Oberhaupt des Staates vereinigt in sich die gesamte ungeteilte Staatsgewalt und übt sie auf verfassungsmäßiger Weise aus“ (§ 3 R.L.O.).

Als der hohe Beruf des Landesfürsten wird in der Präambel der Neuen Landschaftsordnung bezeichnet, das Glück der getreuen Untertanen nach Kräften zu fördern und die Rechte aller zu sichern.

Das Oberhaupt des Staates ist Träger aller Rechte und Pflichten des Staates selbst gegenüber seinen Bürgern zur Erfüllung des Staatszweckes.

Damit ist klar erwiesen, daß durch die Ausstattung des „Staatsoberhauptes“ mit Vermögensrechten nach der monarchischen Staatsauffassung gerade die Erreichung des Staatszweckes sichergestellt wird.

Das Reichsgericht hat im 84. Band diesen Gedanken näher geprüft und kommt zu dem Ergebnis (auf Seite 172), daß die Verwaltung dieser Vermögensrechte mindestens mittelbar im Interesse des Staates erfolge, so daß die damit betrauten Personen, indem sie ihre Dienste der Verwaltung der Einkünfte und nutzbaren Rechte des Landesherrn und seines Hauses widmen, doch zugleich Staatsaufgaben erfüllen, sie ständen daher nicht in privatem, sondern öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis. Weil die Person des Landesherrn die Hoheit und die Würde des Staates gemäß der grundgesetzmäßigen Verfassung repräsentiert, so hat der Staat ein hervorragendes Interesse, den Bedarf des Landesherrn sicherzustellen. Wenn er die rechtliche Verpflichtung hierzu übernimmt, erfüllt er eine dem Gebiete staatlicher Aufgaben angehörende Obliegenheit.

Verpflichtet ist also in Ansehung der Zivilliste der Staat nicht fiskalisch als Subjekt von Privatrechten und Privatpflichten, sondern als ein der würdigen Repräsentation bedürftiges, öffentliches Gemeinwesen.

Diese Verbindlichkeit kann daher als eine typisch öffentlich-rechtliche bezeichnet werden. Mit Rücksicht auf die publizistische Natur der Zivilliste braucht nur noch dargetan zu werden, daß die mit der Klage geltend gemachten Ansprüche aus § 167 ff. R.L.O. außerdem den Charakter einer Zivilliste haben, um auch aus diesem Gesichtspunkte die Unzulässigkeit des Rechtsweges darzutun.

Wenn im Vorstehenden das Wort „Zivilliste“ gebraucht wird, so kommt es auf dieses Wort nicht an. In Wirklichkeit liegt das vor, was man als Zivilliste bezeichnen kann. In formeller Hinsicht liegt vielleicht Zivilliste im engeren Sinne nicht vor, weil unter Zivilliste im

engeren Sinne man die Abgaben an den Landesfürst versteht, welche ihm als Souverän, aber aus den Steuern des Staates, gegeben werden.

Nachdem in Preußen ursprünglich bei den Auseinandersetzungen zur Erlangung einer parlamentarischen Kontrolle die Einkünfte des Souveräns als solchen vorzugsweise auf die Domänen gelegt waren, ist demnächst nach Verlust der Domänen der gleiche Anspruch aus den sonstigen Staatseinkünften zu zahlen gewesen, indem er jedoch in vorzugsweiser Sicherstellung auf die Staatsgüter gesichert wurde. Deshalb kann man dort eher von einer *Ziviliste* im engeren Sinne sprechen.

In Braunschweig wird das dem Souverän Zukommende aus den Erträgen des souveränen Staatsgutes, genannt Kammergut, in erster Linie bestritten und erst bei Insuffizienz aus sonstigem Staatseigentum, zuletzt aus Steuern. Deshalb kann man von einer *Ziviliste* im weiteren Sinne sprechen.

Es ist aber müßig, angesichts der klaren Konstruktion der Landschaftsordnung aus diesem Wort etwas für die Sache schließen zu wollen.

7. Ebenso unrichtig ist der Gedanke der Klage, es bestehe ein Privatanpruch, weil das Kammergut 1235 in den Besitz oder die Verwaltung des Staates übergegangen sei und die in § 167 statuierten Rechte eine private **Abgeltung** darstellen.

Die Erwägung ist einmal unrichtig, wie angeführt, sie ist aber auch, selbst wenn sie richtig wäre, gegenstandslos, weil der Charakter der Einkünfte als öffentliche Berechtigung des Landesfürsten völlig klar aus dem Gesetz hervorgeht.

a) Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß in Preußen die gleichen Vorgänge wie in Braunschweig sich abgespielt haben, die in Preußen zu einer klaren gesetzlichen Festlegung geführt haben.

Zunächst kam es, wie in Braunschweig, zu einem die Unveräußerlichkeit der Domänen bestimmenden Edikt vom 13. August 1713. Das Allgemeine Landrecht bestimmt dann später in § 11 II 14, daß die Domänen im Eigentum des Staates stehen und dem König ausschließlich die Benutzung zustehe, im § 15 weitergehend, daß die von dem Landesherrn zu freiem, nicht ererbtem Eigentum erworbenen sogenannten Schatullgüter als in die Domänen

einverleibt gelten sollen, wenn der Landesherr über sie nicht von Todes wegen verfügt hat. Die Zivilliste des Königs von Preußen ist unstreitbar publizistischer Natur. Die Entwicklung des Rechts an den Domänen zu Staatseigentum entspricht der Entwicklung des privaten Rechts an Land und Leuten zu der staatsrechtlichen Souveränität.

Auch die Annahme einer Prodigalität des Fürsten ist mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse des braunschweigischen Staates abwegig.

b) Die Macht der braunschweigischen Landstände, welche sie sich im Gegensatz zu anderen deutschen Staaten während der Zeit des Absolutismus gewahrt hatten, beruhte auf dem Umstande, daß sie wiederholt eingreifen und die auf dem Kammergut lastenden Fürstenschulden übernehmen mußten. Auf Grund der am 17. Dezember 1768 begonnenen Verhandlungen wurde etwa die Hälfte der Kammer Schulden als Staatsschulden übernommen. Zur Entlastung des Kammerguts von den Schulden schloß der Herzog mit der Krone Englands den bekannten Subsidienvertrag vom 9. Januar 1776, der für den Krieg in Amerika braunschweigische Truppen zur Verfügung stellte. Durch Edikt vom 1. Mai 1794 wurde festgestellt, daß außer den bereits bestehenden nur solche Schulden als rechtmäßige Kammer Schulden auf dem Kammergut haften sollten, welche dringende Landesbedürfnisse notwendig gemacht hatten. 1821 hat dann die Landschaft mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Kammerkasse auch die Kosten des neu errichteten Ober-Appellationsgerichts übernommen; v. Strombeck (Ober-Appellationsrat und Mitglied der Gesetzgebungskommission 1831) führt in den staatswissenschaftlichen Mitteilungen 1827 (2. Heft S. 114) aus, daß das braunschweigische Kammergut als reines Staatsgut betrachtet werden müsse, weil die Stände es so oft ausgelöst und von Schulden befreit hätten. 1832 wurden mit der Übernahme des Kammergutes auch die Schulden in Höhe von 3284355 Talern übernommen und aus Staatsmitteln getilgt. Über den Zweck des Kammergutes, aus welchem sich seine staatsrechtliche Bedeutung ergibt, bestand stets zwischen Fürst und Ständen Einigkeit darüber, daß es zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landesherrn und der übrigen Landesverwaltung allein dienen sollte. Nur über die Mittel, welche die Erreichung dieses Zweckes garantieren sollten, mußte ein

Einvernehmen getroffen werden. Man wählte hierfür schließlich die gefundene Form, weil die während der Regierung des Herzogs Karl bis 1830 gemachten Erfahrungen die staatliche Kontrolle allein als Schutz gegen willkürliche Gefährdungen erscheinen ließen. Nicht eine privatrechtliche Abgeltung, sondern eine organisatorische Veränderung der Finanzverwaltung, wie § 161 M.L.D. ergibt, sollte vorgenommen werden. Hatte bisher der Herzog das für den Bedarf des Landesherrn und der übrigen Landesverwaltung bestimmte Kammergut verwaltet und die auf jeden von beiden entfallenden Beträge nach eigenem freien Ermessen als Souverän festgesetzt, so wurde nunmehr die Ausübung des Hoheitsrechtes der Finanzverwaltung z. T. auf ein anderes Staatsorgan übertragen.

Gläubiger oder Empfangsberechtigter der aus dem Kammergut an den Landesfürsten auf Grund der Verwaltung des Landesfürsten zu zahlenden Summe ist der Landesfürst als solcher für sich und das landesfürstliche Haus. Es handelt sich um ein rein öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis. Die Eigenart und der öffentlich-rechtliche Charakter des Schuldverhältnisses wird durch das Individualisierungsmerkmal konstituiert, nämlich durch die Rechtsgrundlage, die Person des Empfängers und die Person des Gebers. Berechtigt ist nur der jeweilige Landesherr in seiner Eigenschaft als Landesherr. Die Einkünfte erhalten den staatsrechtlichen Charakter als Annex der Staatsgewalt, als Realrecht, dessen Zugehörigkeit abhängt von der Inhaberschaft der Souveränität. Nur dem Repräsentanten der Staatsgewalt gehört die Summe, nur ihm gebührt sie nach ihrer Zweckgebundenheit, sie ist ein von der staatsrechtlichen Stellung abhängiges Recht, sie gehört zum Throne, sie folgt nur dem Throne. Die Inhaberschaft des Thrones ist die Voraussetzung der Geltendmachung. Die gesamte Geschichte von Braunschweig und ähnlicher anderer Länder ergibt dies völlig klar. Das Land kann jederzeit einen anderen Souverän ernennen. Diesem ist dann, wenn sonstige Änderungen nicht vorliegen, die Summe zuzuweisen. Die Summe kann sich nie vererben nach privatrechtlichen Grundsätzen, sie geht über nur mit dem Throne.

Es können die langwierigen Verhandlungen in dieser Beziehung übergangen werden, welche zur Neuen Land-

schäftsordnung geführt haben, da der Wortlaut schon völlig klar ist.

Der Wortlaut des Gesetzes zeigt klar und unzweideutig, daß die in § 167 anerkannten Rechte dem jeweiligen regierenden Landesfürsten zustehen sollen.

Die Überschrift des 1. Kapitels N.L.D. lautet:

„Von dem Herzogtum, der Regierungsform
und dem Landesfürsten.“

§ 4. „Der Landesfürst wird in dem Patente, durch welches er seinen Regierungsantritt ankündigt und die allgemeine Huldigung anordnet, zugleich auf sein fürstliches Wort versichern, daß er die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrechterhalten und beschützen wolle.“

§ 6. „Der Landesfürst kann in einzelnen Punkten Dispensation von den Gesetzesvorschriften erteilen.“

§ 7. „Der Landesfürst vertritt den Staat in allen Verhältnissen zu dem deutschen Bunde und zu anderen Staaten.“

§ 9. „Dem Landesfürsten steht die Verfügung über die bewaffnete Macht usw. zu.“

§ 10. „Der Landesfürst hat allein das Recht, Titel, Rang, Würden, gesetzlich zulässige Privilegien, Standeserhöhung und Ehrenzeichen zu verleihen.“

§ 169. „8. Bedarf des Landesfürsten. Der Bedarf des Landesfürsten und seines Hauses haftet zunächst und zunächst auf dem Reinertrage des Kammergutes. Die zur Bestreitung dieses Bedarfes erforderliche, von dem Landesfürsten vorbehaltene Summe ist in der mit den Ständen getroffenen besonderen Übereinkunft näher bestimmt.“

§ 170. „Unter dem Bedarf des Landesfürsten, des landesherrlichen Hauses sind miteinbegriffen“ (vgl. ferner §§ 5, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 130, 155, 191, 208, 213).

Besonders lehrreich ist die Gegenüberstellung des § 169 gegenüber dem § 23, in welchem ausdrücklich hervorgehoben wird, daß von dem Landesfürsten als dem Oberhaupte der Familie gesprochen wird.

Auch der Wille des Gesetzgebers ist ferner ungewöhnlich klar.

Es war der Herzog Karl 1830 vertrieben worden, indem sein jüngerer Bruder Wilhelm den Thron übernahm. Wenn es sich nun um privateigentumsrechtliche Ansprüche gehandelt hätte, so würden die Ansprüche dem Herzog Karl zugestanden haben. Dasselbe wäre der Fall, wenn sie etwa als Chef des Hauses ihm zugestanden hätten. Es wäre aber nicht der Fall, wenn die Ansprüche dem souveränen Landesfürsten zustehen. Dies letztere ist angenommen worden. Man hat die Ansprüche als Ausfluß der tatsächlichen souveränen Stellung aufgefaßt und anerkannt. Es ist ähnlich wie mit dem Begriff der Ebenbürtigkeit. Die Ebenbürtigkeit ist gegeben:

- a) für sämtliche souveränen Häuser,
- b) für diejenigen nicht souveränen Häuser, denen die Ebenbürtigkeit aus anderen Gründen zusteht.

Die Souveränität macht also sofort ebenbürtig, auch wenn irgend ein Bürgerlicher plötzlich Souverän wird, wie es wiederholt, z. B. in Serbien, vorgekommen ist. Die Ebenbürtigkeit für jeden nach dem salischen Gesetz Ebenbürtigen wird erlangt in dem Augenblick der Einnahme des souveränen Thrones.

Genau so rückt der, welcher den souveränen Thron einnimmt, sofort in alle Souveränitätsrechte ein, und zwar in diejenigen Verwaltungsrechte, welche der parlamentarischen Kontrolle nicht unterliegen ohne solche und in diejenigen Verwaltungsbefugnisse, welche der Kontrolle unterliegen, in dem durch diese Kontrolle eingegrenzten Umfang.

Herzog Karl hat demgemäß niemals Rechte auf die Gewährung eines standesgemäßen Unterhalts oder irgend etwas dergleichen, weil er früher ein Souverän gewesen wäre, verlanat.

Herzog Wilhelm wollte 1832 in dem bereits oben erwähnten hervorgetretenen Bestreben gegenüber der anwachsenden Macht der Volkskontrolle an der Teilnahme der Souveränitätsrechte das möglicherweise bestehende Hilfsmittel, auf Privatrechtsverhältnisse zurückzugreifen, nicht ganz aus der Hand geben. Er war deshalb abgeneigt, noch besonders seinerseits das Kammergut zum Staatseigentum zu deklarieren, weil er als jüngerer Agnat überhaupt jeder privatrechtlichen Disposition sich enthalten mußte, auch wenn es sich um Privat- oder Familiengut gehandelt hätte (vgl. Preuß. Allgemeines Landrecht § 2 Ziffer 14).

Er beschränkte sich deshalb auf die Anführung der nichts bedeutenden salvatorischen Klausel des § 164 der Neuen Landschaftsordnung. Eine privatrechtliche Regelung etwa zu Gunsten des vertriebenen Herzogs war völlig ausgeschlossen. Die §§ 167 ff. der Neuen Landschaftsordnung ergeben deshalb auch den Willen des Gesetzgebers klar dahin, daß es sich um Rechte politischer Art, welche dem jeweilig regierenden Souverän zustehen, handelt.

c) Hiermit stimmt auch überein das Gewohnheitsrecht. Der Herzog Wilhelm hat die ihm zustehenden Rechte als solche ausgeübt. Die Landstände haben dementsprechend diese Rechtsübung geteilt. Dies ergibt sich aus ihren Verhandlungen und Anträgen, z. B. dem Antrag Stockfisch in der Sitzung vom 25. 5. 1849, welche von der Zivilliste des Fürsten sprechen. Dies ist regelmäßig von dem Herzog Karl anerkannt worden. Diese *opinio juris*, welche die gewohnheitsrechtliche Entwicklung trägt, fand ihren prägnantesten Ausdruck in dem Verhalten sämtlicher Beteiligten nach dem Tode des Herzogs Wilhelm während der Regentschaft von 1884 bis 1913.

Wäre die Auffassung der Kläger richtig, daß die im § 167 ff. N.L.O. fixierten Rechte Privatanprüche des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses begründen, so hätten sie 1884 dem Herzog von Cumberland zustehen müssen. Eine solche Behauptung ist aber niemals aufgestellt worden. Tatsächlich sind diese Rechte, und zwar unwidersprochen, von dem Regenten ausgeübt worden, und es hat sogar eine Erhöhung der Zivilliste im Jahre 1889 (auf die Dauer der Regentschaft beschränkt) stattgefunden.

Diese von dem Regenten des braunschweigischen Staats geteilte Rechtsübung hat ihre ausdrückliche Bestätigung dadurch gefunden, daß der Herzog von Cumberland seinerzeit lediglich die Auszahlung des sogenannten Bevernschen Kapitals erlangte, welcher Aufforderung nach gründlichen Erörterungen im Jahre 1885/1886 entsprochen worden ist. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Ausfolgung des Bevernschen Kapitals rechtlich hätte sich begründen lassen. Aus der Beanspruchung desselben und der Nichtbeanspruchung des anderen ergibt sich hinsichtlich der Rechte des § 167 ff. der Neuen Landschaftsordnung klar, daß diese letzteren Rechte dem Landesfürsten und nicht einem früheren Landesfürsten, der Privatmann geworden ist, zustehen.

Es wurde damals der Regentſchaft eine Erhöhung der Bezüge aus Steuerleistungen im Jahre 1889 bewilligt. Der Kläger zu 2 hat 1913 eine weitere Erhöhung erlangt, auch er hat damit die Übung genau anerkannt. Auch in der Klageschrift wird auf Seite 17 ff. darauf hingewiesen, daß in der Erhöhung nur eine folgerechte Ausgestaltung des im § 167 ff. mit der Souveränität verbundenen Aufwands enthalten ist. Es bedarf kaum der Ausführung, zu welchen unmöglichen Folgen die klägerische Konstruktion eines privaten, von der Souveränität unabhängigen Rechtes führen würde. Es würden ja dann Privatpersonen, die für die Existenz des Souveräns notwendigen Gebühren in Anspruch nehmen können für die Zeit von 1884 bis 1913, zumal die Regentſchaft ja niemals staatsrechtlich von dem klägerischen Hause anerkannt worden ist.

In bezug auf diese völlige Bedeutungslosigkeit der Anerkennung oder Nichtanerkennung wird unten das Erforderliche erwähnt.

8. Die vorstehende Ansicht hat auch die gesetzliche Anerkennung gefunden. In dem Gesetz, betreffend die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse durch eine Thronerledigung, vom 16. 2. 1879 ist im § 4 Ziffer 6 bestimmt:

„Die für den Bedarf des Landesfürsten verfassungs- und vertragsmäßig vom Reinertrage des Kammergutes abzuführende Summe etc. wird fortgezahlt und der Regentſchaftsrat bestimmt über deren Verwendung mit tunlichster Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse, vorbehaltlich der gemeinsam mit der Landesregierung zu treffenden Bestimmungen über etwaige Überschüsse.“

Die Abhängigkeit der Rechte von der Inhaberschaft des Thrones kann nicht stärker zum Ausdruck gelangen als hier.

Während diese Bestimmung der klägerischen Anschauung widerspricht, nach welcher der erberechtigte Thronfolger die Rechte aus § 167 ff. N.L.D. als Privatrecht in Anspruch nehmen könnte, und nach der die ausdrückliche Bestimmung, daß das landesherrliche Reservat „weiter“ gezahlt werden soll, unverständlich wäre, da sich hieraus die gesetzliche Annahme eines ohne diese Bestimmung eintretenden Ruhens der Rente ergibt, entspricht sie vollkommen der hier vertretenen, auf ständige Rechtsprechung und Verkommen gestützten Ansicht. Aus

dem Recht am Thron folgt das Recht auf die Zivilliste im weiteren Sinne. Der erbberichtigte Thronfolger hat nur ein Anwartschaftsrecht am Thron, also auch nur eine solche Anwartschaft auf die Zivilliste. Solange der Thron unbeetzt ist, muß auch die Zivilliste ruhen. Da nach Ansicht des Gesetzgebers die Rechte aus § 167 N.L.D. sich als Zivilliste darstellen, war eine ausdrückliche gesetzliche Anordnung erforderlich, um festzustellen, daß und in welchem Umfange die Zivilliste, d. h. also hier die Rechte aus § 167 ff., weiter zu entrichten sei. Da ferner der Regentschaftsrat den Thron verwaltet, hat er auch die Verwaltung der als Realrechte an dem Thron gebundenen Rechte aus dem § 169 N.L.D.

Genau so, wie der Regent z. B. nicht den Adel verleihen soll, weil er nur Regent ist und ein Throninhaber nicht da ist, deshalb aber keineswegs ein Privatmann, welcher von sich behauptet, den Thron früher gehabt zu haben, den Adel verleihen kann, ebensowenig kann das Anner der Souveränität, nämlich die hier fraglichen Bezüge, von einem *P r i v a t m a n n* in Anspruch genommen werden, sondern nur von dem *S o u v e r ä n*, während der Regent in entsprechender Einschränkung für den „*S o u v e r ä n*“ die Rechte ausübt.

Die Rechte aus § 167 ff. stehen deshalb nur dem jeweiligen *L a n d e s h e r r n* zu. Sie verpflichten den Staat gegenüber dem *S o u v e r ä n* zur Gewährung des standesgemäßen Bedarfs. Es handelt sich um ein öffentlich-rechtliches Verhältnis. Der Streit über diese Rechte gründet sich auf ein öffentliches Rechtsverhältnis. Er hat publizistische Rechte zum Gegenstand. Es handelt sich nicht um bürgerliche Rechtsstreite. Öffentlich rechtliche Streitigkeiten aber können vor ordentlichen *Z i v i l g e r i c h t e n* nur behandelt werden, wenn durch besondere Gesetzesbestimmungen der Rechtsweg für dieselben freigegeben wäre.

9. Auch die neueste Rechtsentwicklung entspricht dem Vorstehenden. Es wird der Aufruf der Volkskommissare vom 10. 11. 1918 überreicht. Durch denselben sind alle herzoglichen Domänen und Güter zum Eigentum der Republik bestellt worden. Bezüglich dieser Publikation wird zunächst, um den häufig gehörten diesbezüglichen Einwand zu widerlegen, hinsichtlich ihrer rechtlichen Bedeutung nachstehend das Gutachten des Professors *S c h ü d i n g* zitiert, das dieser sogar als Gutachter für die Ansprüche des vormalig königlich Preussischen Hauses abgegeben hat.

Es ist insoweit durchaus richtig und vom Reichsgericht in fortgesetzt erfolgten Entscheidungen bestätigt.

Es lautet:

„I. Die rechtliche Natur der Revolution.

Revolution ist eine Gewaltmaßregel, ein Rechtsbruch. Sie ist zunächst nur ein tatsächlicher Vorgang. Gelingt es den revolutionären Gewalthabern nicht, die bestehende Rechtsordnung dauernd zu beseitigen, so schaffen sie keinen neuen Rechtszustand, sie bleiben im Gegenteil nach der bisherigen Rechtsordnung straf- und zivilrechtlich für ihren Rechtsbruch verantwortlich. Setzt sich jedoch die Revolution durch und findet sie die Anerkennung des Volkes, so wird aus dem neuen tatsächlichen Verhältnisse auch ein neuer Rechtszustand. Die Anerkennung kann eine ausdrückliche, beispielsweise durch Volksabstimmung erfolgende, oder stillschweigende, eine freiwillige oder erzwungene sein, für die Schaffung des neuen Rechtszustandes ist lediglich wesentlich, daß das Volk dauernd sich den revolutionären Gewalthabern fügt. Mit dem Verluste der Macht über das Volk fällt auch der neue Rechtszustand wieder fort, um entweder dem vor der Revolution bestehenden früheren Rechtszustand wieder Platz zu machen oder aber durch die Anerkennung einer neuen revolutionären Macht wiederum einen neuen Rechtszustand zu schaffen. Eine ähnliche Rechtsentstehung auf Grund der sich durchsetzenden Gewalt haben wir erst in diesem Kriege bei der Besetzung feindlicher Gebiete kennengelernt, und zwar hier mit der ausdrücklichen völkerrechtlichen Anerkennung des aufgezwungenen Rechts durch Art. 43 der Haager Landkriegsordnung.

Die Revolution ist der Natur der Sache nach die Unterbrechung der alten Rechtsentwicklung. Das neue revolutionäre Recht erhält seine Wirksamkeit durch Anerkennung der Macht, auf die es sich allein gründet. Es bedarf zu seiner Geltung nicht der Anknüpfung an den alten Rechtszustand. Eine solche Anknüpfung ist auch gar nicht möglich. Oder sollten etwa, nachdem die deutsche Revolution in Preußen wie in allen übrigen Bundesstaaten die Monarchie beseitigt hatte, zunächst noch einmal die nach der alten Verfassung maßgeblichen gesetzgebenden Stellen, König und Landtag, zusammentreten, um durch Gesetz nach alter Art diese Verfassungsänderung zu sanktionieren? Und

was dann, wenn eine solche Sanktion nach den bisherigen Gesetzen nicht erfolgte? Die revolutionären Machthaber würden kraft der Staatsgewalt, die sie tatsächlich in den Händen haben, sich über solche Beschlüsse der früheren gesetzgebenden Faktoren glatt hinwegsetzen und ohne weiteres im Verordnungswege dem Volke ihren Willen als Gesetz aufzwingen. Naturgemäß sind die revolutionären Gewalthaber bestrebt, die zunächst durch reine Gewalt verwirklichte staatsrechtliche Umwälzung sowie ihre aus eigener Machtbollkommenheit erlassenen und mit Gesetzeskraft versehenen Verordnungen nachträglich vom Volke im Wege einer neu zu regelnden Gesetzgebung gutheißen zu lassen, um so den durch die Revolution geschaffenen Staat auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen. Diese Maßnahmen stellen aber nicht die Schaffung des neuen Rechtszustandes, der vielmehr bereits durch die erfolgreiche Revolution herbeigeführt wurde, sondern lediglich einen gesetzlichen Ausbau desselben dar. Dieser Rechtsauffassung entspricht auch die Entwicklung, welche die deutsche Revolution im Reiche und in Preußen genommen hat. Unmittelbar nach der Verkündung der Republik am 9. November 1918 wurde von den neuen Gewalthabern eine öffentliche Bekanntmachung des Inhalts verteilt:

„Der freie Volksstaat ist da! Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung . . . damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen . . . Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten . . .“ Und es gelang den neuen Gewalthabern, die ihre Rechte auf die neu errungene Souveränität des Volkes aufbauten, sich beim Volke auch durchzusetzen. Bereits die tatsächliche Abdankung des Königs und seine Ersetzung durch den „Reichskanzler“ Ebert und später durch die Volksbeauftragten machte die preußische Monarchie zu einer Republik und beseitigte ohne weiteres das Königtum. Die dauernde und sich zur Anerkennung durchringende Beseitigung des Königtums schuf nicht nur tatsächlich, sondern auch rechtlich schon jetzt eine preußische Republik, die von einer Anerkennung des bisherigen Königs unabhängig war und deren fehlende Anerkennung durch die übrigen Staaten nur von völkerrechtlicher, nicht aber innerstaatsrechtlicher Bedeutung war. Naturgemäß bedurfte diese neu entstandene Re-

publik des gesetzlichen Ausbaues. Dem entspricht es also, wenn in Preußen der Aufruf der neuen Regierung an das preußische Volk vom 13. November 1918 (Ges. S. 187) erklärt, es sei ihre Aufgabe, das alte Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens werde eine verfassungsgebende Versammlung entscheiden. Bis zum Zusammentritt dieser Versammlung werde eine vorläufige Regierung die Geschäfte übernehmen. Der hier vertretenen Auffassung entspricht es ferner, wenn in der Verordnung vom 14. November 1918 (Ges. S. 189) weiter gesagt wird, die Zuständigkeiten, die nach den bisherigen Bestimmungen von der Krone und dem Staatsministerium ausgeübt seien, seien auf die preußische Regierung übergegangen. Die tatsächlich erfolgte Beseitigung des Königtums und der Ausbau der hierdurch entstandenen Volksrepublik sind die Grundgedanken dieser Verordnungen, die auf diese Weise zum ersten Male die tatsächlich schon bestehenden neuen Rechtszustände im Wege des geschriebenen Gesetzes zur Kenntnis des Volkes bringen. Der hier vertretenen Rechtsauffassung steht auch nicht entgegen, wenn eine weitere Bekanntmachung vom 14. November 1918 (Ges. S. 190) darauf hinweist, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben seien, in Kraft bleiben. Allerdings fiel mit der Revolution nicht die gesamte Rechtsordnung, auf die sich der bisherige preußische Staat aufgebaut hatte, insbesondere die preußische Verfassungsurkunde über den Haufen. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß mit der Beseitigung des Königtums alle Bestimmungen der alten Verfassung, die den Bestand einer Monarchie zur Voraussetzung hatten, außer Kraft traten, auch wenn sie nicht ausdrücklich aufgehoben wurden und sich nicht auf „die nach den bisherigen Bestimmungen von der Krone ausgeübten Zuständigkeiten“ bezogen.

Aus dieser Rechtsauffassung folgt, daß ebensowenig wie die ausdrückliche Anerkennung der durch die Revolution geschaffenen neuen Lage durch einen sonstigen einzelnen Staatsbürger auch die Anerkennung dieser Lage durch den bisherigen Inhaber der Krone irgendwelche rechtliche Bedeutung hat. Es bedurfte gar nicht der Abdankungserklärung des Königs vom 28. November 1918 und des Kronprinzen vom 1. Dezember 1918, um den tat-

sächlichen Vorgang der Revolution und der Beseitigung des Königtums in einen Rechtszustand zu verwandeln. Rechtlich depossedierte war der König schon mit dem Augenblicke, in dem er die Staatsgewalt durch seine Reise ins Ausland aus den Händen gab und es den neuen Gewalthabern gelang, sich dauernd in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen. Wenn die revolutionäre Regierung über eine solche ausdrückliche Abdankungserklärung nachträglich mit dem bisherigen Könige und dem bisherigen Kronprinzen verhandelte, so kam sie hierdurch lediglich einem Volkswunsche nach, dessen Erfüllung sie zur rechtlichen Stärkung ihrer Stellung für praktisch erachtete, tat aber an sich ein Superfluum ohne rechtliche Bedeutung, wie ja denn auch der Kaiser Karl von Österreich bis jetzt die Unterzeichnung einer gleichartigen Abdankungserklärung verweigert hat und trotzdem niemand den rechtlichen Bestand der österreichischen Republik mehr bestreiten wird.

Einem Juristen, der noch in den vorrevolutionären Anschauungen steckt, wird freilich die hier vertretene Rechtsauffassung, daß die sich durchsetzende Gewalt neues Recht schafft und alte Rechtsnormen ohne weiteres außer Kraft setzt, unfassbar erscheinen. Er wird in der Literatur nachsuchen und dort seine Ansicht vielfach bestätigt finden. „Eine Absetzung (Entthronung) des Landesherrn ist nach heutigem Staatsrecht unzulässig. Ein Absetzungsrecht steht auch nicht der Volksvertretung zu,“ sagt Brie in Stengels-Fleischmann, Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts Bd. II S. 718 (Art. Landesherr). (Ebenso Bornhak, Preuß. Staatsrecht Bd. I S. 198 f.; Köhne, Das Staatsrecht der preuß. Monarchie Bd. I S. 233.) Das Recht am Throne ist nicht vom Staate verliehen und nicht durch den Staat entziehbar; durch Art. 57 E.G. z. B.G.B. soll diese Unentziehbarkeit sogar reichsrechtlich anerkannt sein, so führt Nehm in seinem Buche „Modernes Fürstenrecht“ (S. 22 ff.) eingehend aus. Wie aber, wenn die Tatsachen mächtiger sind als die Rechtsätze? In diesem Falle erklären sich die Staatsrechtslehrer einfach für unzuständig: „Daß ein Thron durch Revolution verlorengehen kann, ist allerdings eine unbestreitbare geschichtliche Tatsache. Aber der Rechtsbruch entzieht sich der staatsrechtlichen Erörterung,“ sagt Bornhak. „Die Frage von der willkürlichen Regierungsenthebung des Regenten (Thronrevolution) von seiten des Volkes, überhaupt von der willkürlichen, gewaltsamen Umstürzung der rechtlich bestehen-

den Staatsordnung (Staatsrevolution) liegt außerhalb des Gebiets des Rechts und findet daher hier keine Stelle," bemerkt Köhne (a. a. O.). Forscht man in der Literatur weiter nach, so findet man jedoch anderweitig tatsächlich bereits Anschauungen, die mit der hier vertretenen Rechtsauffassung im wesentlichen übereinstimmen, indem sie wie ich davon ausgehen, daß jeder Staat und sein Recht mehr oder weniger von Anfang an durch Gewaltanwendung begründet und später ausgebaut sind und nicht bloß auf der freien Vereinbarung aller Volksgenossen beruhen. „Offene Gewalt in der mannigfaltigsten Formen ist der häufigste Grund der Bildung und Auflösung der Staaten gewesen. Aber selbst da, wo die Entstehung eines Staates durch rechtliche Akte vorbereitet ist, fällt der Vorgang der Entstehung selbst außerhalb des Rechtsgebietes. Nicht minder sind tiefgreifende Änderungen im Bau der Staaten durch Gewaltakte vollzogen worden, durch Revolution und Staatsstreiche“ (Zellinek, *Allgem. Staatslehre* S. 342). Ähnlich heißt es in dem Kampfe des alten mit dem neuen Recht desselben Verfassers auf Seite 8: „Auch in den gewaltigen Staatsumwälzungen der neueren Zeit stand nicht Recht gegen Recht, sondern rechtlose Macht gegen machtloses Recht. Erst der Sieg jener Macht verleiht ihr, ähnlich wie wir es bei den zwischenstaatlichen Kämpfen beobachten können, die Eigenschaft einer rechtfertigenden Gewalt.“ Den Gedanken von dem „machtlosen Recht“ und der „rechtlosen Macht“ und dem Ausgleich zwischen beiden hat Gierke weiter ausgeführt. (Vgl. *Deutsches Privatrecht* I S. 112. Das Recht und der Krieg bei Gruchot, 1915, S. 1 ff.) Recht und Staat sind einander ebenbürtig . . . Das Recht und die organisierte Macht können einander feindlich gegenüberstehen. Macht ist nicht Recht: es gibt rechtlose Macht. Es gibt auch machtloses Recht. Allein auf die Länge erträgt das menschliche Bewußtsein solchen Zwiespalt nicht. Indem die Macht, die sich behauptet, zuletzt als Recht empfunden wird, und das Recht, das sich nicht durchsetzt, allmählich absterbt, stellt sich die Einheit wieder her.“ Im Anschluß an Gierke wird in einem neuen Buche, das unter dem Pseudonym Friters mit dem Titel „*Revolutionsgewalt und Notstandsrecht*“ 1919 erschienen ist, versucht, diese sich durchsetzende Gewalt als Grundlage neuen Rechts dadurch rechtlich zu begründen, daß sie auf das Naturrecht zurückgeführt wird. Es heißt dort ins-

besondere C. 1 38/1: „Von Naturrecht spreche ich, weil es die Natur ist, die uns das Entwicklungsgeſetz zeigt, und weil das Geſetz der Entwicklung auch jeder Rechtsordnung gegenüber gilt. Das iſt „das Naturgeſetz“, von dem ich ausgehe, und deſhalb tritt das Naturrecht im Rechte da ein, wo *Logos* und *Nomos* aneinanderſtoßen, ſei es, daß der *Nomos* Lücken zeigt, ſei es, daß er veraltet iſt und der Idee der Gerechtigkeit nicht mehr zu dienen vermag. Jede poſitiv rechtliche Beſtimmung trägt die „*clausula rebus sic stantibus*“. In ähnlicher Weiſe iſt in der letzten Zeit öfter von dem „Rechte eines Volkes auf Revolution“ geſprochen worden. Auch den Gerichten, die biſ dahin ſtreng an dem formalen Rechte feſtzuhalten pflegten, blieb ſchließlich nichts anderes übrig, als unter Preisgabe dieſes Standpunktes ihre Praxis den tatſächlichen Verhältniſſen anzupaffen und die durch die Revolution geſchaffenen neuen Verhältniſſe als Rechtszuſtand anzuerkennen. Inter-eſſant iſt in dieſer Beziehung beſonders eine vom Präſidenten des Kammergerichts zugleich im Namen des Präſidenten des Reichsgerichts und anderer höchſter Gerichtshöfe und unter Mitwirkung deutſcher Anwaltkammern und juriftiſcher Fakultäten dem Räte der Volksbeauftragten überſandte öffentliche Kundgebung, in der ausdrücklich anerkannt wird, daß, wo immer öffentlicher *Not ſt a n d* eine unaufſchiebbare Änderung des Rechts im wohlverſtandenen Intereſſe des Ganzen erheiſcht, auch einer nur tatſächlich beſtehenden Staatsgewalt die Befugnis zum geſetzlichen Einſchreiten nicht verwehrt werden kann. Auch dieſes Anerkenntnis eines Notstandsrechts der Revolutionsgewalt iſt mit anderen Worten eine Anerkennung der ſich durchſetzenden Gewalt als Rechtsquelle und damit eine Anerkennung des Naturrechts, das ungeſchrieben aus ſich heraus veraltete Geſetze über den Haufen wirft und einen urſprünglichen Gewaltzuſtand zu neuem Rechte ausbaut, einen jeden Staatsbürger, auch den Gegner der Revolution, und ſelbſt den abgeſetzten Landesherrn ohne Rückſicht auf ſeine perſönliche Anerkennung der neuen Verhältniſſe dieſem neuen Rechte unterwerfend. Das Naturrecht, das man längſt für be-graben hielt und das vergeblich verſuchte, im § 1 des I. Entwurfs des Bürgerlichen Geſezbuches als „Geiſt der Rechtsordnung“ zur Auferſtehung zu gelangen, iſt alſo ungeahnt durch die Revolution auf dem Gebiete des Staatsrechts tatſächlich wieder zur Geſtung gelangt und muß jetzt

die Rechtmäßigkeit der durch die Revolution geschaffenen Zustände, denen die geschriebenen Gesetze der früheren Zeit die Rechtmäßigkeit absprechen, rechtlich begründen.

Mit diesem neuen, aus der Revolution geborenen Rechtszustande müssen sich sämtliche durch diese entthronten Landesherren und ihre Familien abfinden. Es ist demnach auch ganz unerheblich, wenn in Preußen außer dem Könige und dem Kronprinzen nicht auch die sämtlichen übrigen erbfolgeberechtigten Agnaten ausdrücklich und schriftlich ihren Rechten an der preussischen Krone entsagt haben.“ . . .

Diese Ausführungen ergeben:

- a) die Rechtsquellenbedeutung des Revolutionsrechts,
- b) die Unerheblichkeit der für früheres Recht geltenden Publikationsformvorschriften,
- c) die Unerheblichkeit der Anerkennung oder Nichtanerkennung der Revolutionsform durch den früheren Souverän.

In dieser Beziehung sind sie zugleich zu dem oben erwähnten Punkte der Anerkennung wesentlich.

Betrachtet man den Aufruf der Volkskommissare vom 10. 11. 1918 unter den vorstehenden, durch das Reichsgericht in Straf- und Zivilsachen anerkannten Gesichtspunkten, so zerfällt der Aufruf in zwei Teile. Der erste enthält publizierte Gesetze und reicht bis zu den Worten: „Arbeiter! Soldaten! Bürger!“ Der Teil von da ab enthält Verwaltungseresultate. Die Unterzeichnung ist erfolgt mit Rücksicht auf die erforderlichen Gegenzeichnungen von den gesamten Trägern der am 10. 11. 1918 bestehenden Souveränitätsgewalt. Mit der Erklärung zur Republik werden die herzoglichen Domänen und Güter zum Eigentum der Republik erklärt und alle persönlichen Titel und Vorrechte aufgehoben. Der souveräne Rat übernimmt alle Einrichtungen und Funktionen des vorhandenen Staatsapparates und überträgt sie seinerseits an die von ihm angeordneten Staatsfunktionäre, die in seinem Auftrage zu handeln haben. Wenn also bis dahin noch ein angeblich vorhandenes Eigentum (*nuda proprietas*) vorhanden gewesen wäre, das mit der ewigen Last der Bindung für die Staatszwecke belastet gewesen wäre, so würde auch dieses *nuda proprietas*, das aber nicht bestanden hat, durch dieses Gesetz erledigt gewesen sein.

Durch diese Verfassungsbestimmung ist jede mit dieser Verfassung nicht zu vereinbarende Bestimmung der Braunschweigischen Neuen Landschaftsordnung aufgehoben. Diese verfassungsrechtliche Bestimmung stellt eine staatsrechtliche Änderung dar, welche gültig wäre, auch wenn sie einen Eingriff gegen irgend jemandes Eigentum darstellen würde, was sie aber nicht darstellt. Das Verhalten des Beklagten gegenüber dem jetzigen Anspruch stellt die Ausübung staatsrechtlicher Funktionen als Amtshandlungen dar, welche den Regeln des bürgerlichen Rechts überhaupt nicht unterstehen (Reichsgericht Band 93 Seite 255, Bd. 99 S. 240, Bd. 100 S. 44 und 219).

Da Staatshoheitsakte in Frage kommen, entbehrt die Klage jeder privatrechtlichen Grundlage.

Auch die neueste, soeben verabschiedete Verfassung des Freistaates Braunschweig stellt ein weiteres, diesbezügliches Staatsgesetz dar, demgegenüber überhaupt die Klage völlig unzulässig sein würde, selbst wenn sie dies vorher gewesen wäre. Es wird aber ausdrücklich hervorgehoben, daß dieses neue Staatsverfassungsgesetz keinerlei Abweichung gegenüber dem Gesetz von 1832 und 1918 darstellt, da beide die seit 1235 bestehende staatsrechtliche Eigentumsstruktur des Kammergutes und die zweckmäßige Bindung desselben zugunsten der Souveränität des Staates Braunschweig nur wiederholen, wobei es völlig unerheblich ist, ob die einzelnen Funktionäre und Organe der Staatsouveränität sich ändern. An die Stelle des Landesfürsten treten andere Organe. Was dem Landesfürsten als solchem zustand, steht dem Staate als solchem nunmehr zu, wobei die parlamentarische Kontrolle auch auf diesen Teil des Staatsvermögens ausgedehnt ist.

Unerheblich ist auch die oft eingewendete Bestimmung der Reichsverfassung, daß Privateigentum unverletzlich sei, denn es handelt sich ja gar nicht um Privateigentum, sondern um staatsrechtlich gebundenes Eigentum.

10. Unzutreffend dürfte auch die früher einmal vorgekommene Ansicht sein, daß das Kammergut selbst eine Persönlichkeit sei. In dieser Beziehung sagt das oben erwähnte Gutachten von Schücking in analoger Anwendung für preussische Verhältnisse:

„Die Verfassung und die späteren Gesetze sprechen davon, daß diese Geldrente dem Kronsfideikommissfonds angewiesen wird. Das könnte den Eindruck erwecken, als wenn sich zwischen den Staat und den König noch eine

juristische Person einfügte, die ihrerseits vom Staate die Rente zu verlangen und an den König auszuzahlen hätte. Eine solche Konstruktion ist nicht richtig. Tatsächlich ist der Kronfideikommißfonds Staatsvermögen, an dem das Eigentum dem Staate, die Nutzungen der Krone zustehen, also ein staatliches Zweckvermögen. Das ergibt sich am besten schon daraus, daß sich in dem Kronfideikommißfonds außer der von dem Staate überwiesenen Kronrente auch eine Anzahl Schlösser befinden, an denen das staatliche Eigentumsrecht und das königliche Nutzungsrecht unbedingt feststeht, indem sie beispielsweise durch die Gesetze vom 27. 1. 1868 und 20. 2. 1868 und 20. 2. 1889 unter ausdrücklicher Festlegung dieser Rechtsverhältnisse dem Kronfideikommißfonds überwiesen wurden. Nur die Überschüsse des Kronfideikommißfonds werden als Nutzungen durch Auszahlung Eigentum des Königs. Dementsprechend steht auch fest, daß die jährliche Kronrente erst durch Auszahlung reines Privatvermögen des Königs wird bzw. der Mitglieder der königlichen Familie, an die sie weiterverteilt wird.

Zu der gleichen rechtlichen Beurteilung des Kronfideikommißfonds kommt auf Grund der näheren Prüfung der Entstehungsgeschichte dieses Fonds auch das Rechtsgutachten des Justizministeriums „über die Zugehörigkeit der in den alten Provinzen gelegenen königlichen Schlösser, insbesondere von Schloß und Park Nieder-Schönhausen zum Kronfideikommiß“ von April 1910 (I. 1424. 10). Es wählt statt des in Preußen in verschiedenem Sinne gebrauchten Ausdrucks „Kronfideikommiß“, eines Begriffes, unter dem vielfach auch die im Privateigentum des Königshauses stehenden Sonderfideikommiße begriffen sind, den Ausdruck Kronvermögen und sagt von diesem: (S. 120): „Subjekt des Kronvermögens ist der Staat. Das Kronvermögen gehört zum Staatsvermögen im weiteren Sinne, unterscheidet sich aber von dem Staatsvermögen im engeren Sinne, das der Befriedigung der Gemeinbedürfnisse dient, durch seine besondere Zweckbestimmung, der Erhaltung der Würde und des Glanzes der Krone zu dienen. Die Widmung für den persönlichen Bedarf des Trägers der Krone und seiner Familie bedingt aber eine besondere Gestaltung der Rechtsverhältnisse an diesen Stücken des Staatsvermögens. Man kann sie daher als ein staatliches Sondervermögen betrachten. — Das Staatsoberhaupt ist zwar nicht Subjekt

dieses Vermögens, aber es repräsentiert den Staat wie in Hinsicht aller Rechte auch in dem ‚Eigentum‘ an diesem staatlichen Sondervermögen.“

Mit Rücksicht auf diese Thatfachen kann selbstverständlich auch nicht davon die Rede sein, daß bei Enteignung von Privatrechten eine Entschädigung zu gewähren sei. Es handelt sich hier um den Wegfall öffentlicher Rechte. Für diese gibt es niemals eine Entschädigung, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Es ist nirgends bestritten, daß ein Staatsgesetz, falls eine gütliche Einigung nicht zustande kommen kann, die Schadloshaltung bestimmen oder auch verweigern kann. Insbesondere kann solches Gesetz jede Schadloshaltung ablehnen, auch wenn das Staatsgut, auf welchem die Rente haftet, zum Teil vorher privatrechtliches Eigentum war.

II. Hinsichtlich des Klageanspruches zu II gelten die vorstehenden Ansprüche in gleicher, wenn auch noch vermehrter Weise, da es sich überall um Bestandteile des Kammergutes, also Staatsgutes handelt. Auch der Eventualantrag ist nicht begründet.

III. Es wird auch zur Sache bestritten, daß nach Wegfall der Souveränität ein Familienverband als solcher klagen könne oder einzelne Personen, die auf Grund privaten Erbrechts spätere Anwartschaft behaupten, jetzt schon diesbezügliche Rechte geltend machen können.

II.
Gutachten
des Obergerichtspräsidenten Dr. Hettling-
Wolfenbüttel vom 25. November 1848

über
die Rechtsverhältnisse des Kammerguts *)
im
Herzogthume Braunschweig,
und im besonderen über die Ansprüche des Herzoglichen
Hauses und des Landes auf die Einkünfte aus demselben.

1.

Das Kammergut der deutschen Fürsten ist nach dem
Zeugnisse der Gerichte ¹⁾ entstanden

aus Reichsgütern, welche denselben mit einem
Reichsamte oder für dem Reiche geleistete oder zu
leistende Dienste verliehen,

aus Gütern, welche den Fürstenhäusern schon vor
der Gelangung zu einer Reichswürde oder einem
Reichslehen zuständig gewesen,

und aus Erwerbungen, die späterhin bald unter
Titeln der öffentlichen, bald des Privatrechts für
das Land oder für das Fürstenhaus gemacht sind.

Auf die vielbestrittene Frage, ob das Kammergut dem
Fürstenhause ²⁾ oder dem Lande ³⁾ gehöre, oder ob das
Eigentum daran zwischen Staats- und Privateigentum in
der Mitte stehe? ⁴⁾ wird es kaum möglich sein, eine ge-
mein gültige Antwort zu finden, vielmehr würde in

*) Unter Kammergut kann hier nach dem § 162 der Neuen
Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 nur der Inbegriff der
dort beschriebenen, unter der Verwaltung der Herzoglichen Kammer
vereinigen Landgüter, Forsten, Berg- und Salzwerke und sonstiger
Gefälle (soweit sie nicht zum Kloster- und Studienfonds — § 219 —
gehören) verstanden werden.

¹⁾ Strubens, Rechtl. Bedenken Th. 2, Bd. 1, § 4.

Moser, von der Reichsstände Landen, in dessen neuem Staatsr.,
Th. 14, S. 209.

Rotted, im Staats-Lexikon Th. 4, S. 92 (2. Ausg.).

²⁾ wie die meisten älteren Rechtslehrer und von den neuen
besonders Maurerbrecher, Staatsr. § 201, a. E. behaupten.

³⁾ Klüber, öffentl. Recht des Deutschen Bundes, §§ 333, 334
und 480 (3. Aufl.) und die daselbst angeführten Schriftsteller.

⁴⁾ Gönner, Staatsr. § 450.

jedem gegebenen Falle auf den Ursprung der einzelnen Bestandteile zurückgegangen oder der Erwerbstitel aufgeführt werden müssen, um dadurch zu bestimmen, in welche Kategorie das eine oder andere Stück des Kammergerichts zu bringen sei.⁵⁾ Fast kein deutsches Archiv — außer vielleicht in einigen der jetzt mediatisierten Staaten — dürfte jedoch so reichhaltig sein, daß es für die zu ziehende Grenzlinie vollständige, sichere, juristisch haltbare Richtpunkte zu gewähren vermöchte, da in den bei weitem meisten Ländern schon seit dem Mittelalter das Grundbesitzthum der Fürsten, in deren Person man den Landesherrn von dem Grundherrschaft nicht schied, zu einer Masse zusammengewachsen ist.⁶⁾

2.

Indes bedarf es solcher speziell eindringenden Forschungen alsdann nicht, wenn man, den praktischen Gesichtspunkt festhaltend, nicht sowohl den Ursprung als die verfassungsmäßige Bestimmung des Kammerguts ins Auge faßt.⁷⁾

Vermöge der ganzen Grundlage und weiteren Entwicklung der Territorialgewalt deutscher Landesherren als eines eigenen, jedoch mit Pflichten gegen das Reich und die Untertanen verbundenen Rechts, war es natürlich, daß die deutschen Fürsten den Aufwand, welchen die Ausübung der Landeshoheit oder die Erfüllung des fürstlichen Berufs mit sich brachten, von jeher aus eigenen Mitteln bestritten. So wurde es zur allgemein anerkannten Rechtsüberzeugung in Deutschland, daß auf dem Kammergute außer dem Bedarfe der Fürsten und den Kosten der fürstlichen Hofhaltung auch die Kosten der Landesregierung lasteten.⁸⁾ Diese Ansicht von der Bestimmung des

⁵⁾ Mittermaier, deutsch Privatr., Th. 1, § 142 (6. Aufl.).

⁶⁾ Rotted, a. a. D., S. 99.

⁷⁾ Ich folge hier hauptsächlich und zum Teil wörtlich den Ausführungen von Zacharia im deutschen Staats- und Bundesr. Th. 1, S. 30 ff., ohne jedoch dessen übrige Ansichten ganz zu teilen, und ohne mir manche folgewidrige Abweichungen von seinen eigenen Grundätzen (z. B. S. 38) aneignen zu wollen.

⁸⁾ Struben, de statu provincial. origine et praecip. juris. in ejus Observat. jur. et hist. Germ. Obs. IV, § 12. Idem de jure villic. cap. 6, § 3 ff. — Derselbe, Rechtl. Bed. Th. 2, Bch. 1, § 5 ff. — Rütter, Inst. jur. publ. § 254. — Häberlins Handb. des deutschen Staatsr. Th. 2, S. 14 und 262 ff. — Zeits Staatsr. § 205 ff. — Mittermaiers Deutsch. Privatr. § 142. — Klübers Öffentliches Recht §§ 332 und 480. — Pfeiffer's, Prakt. Ausf. Th. 3, S. 327 und viele andere.

Kammerguts, wodurch dasselbe zum *Annerum* der *Landeshoheit* wurde und als solches auf das Gebiet des öffentlichen Rechts übertrat, ist theils durch die Landesverfassungen direct und indirect anerkannt, theils liegt sie auch den Vorschriften der Reichsgesetze zugrunde⁹⁾, welche es deutlich aussprechen, daß den Untertanen nur die Pflicht obliege, zu Reichs- und Landeslasten *aushilfsweise* durch Steuern beizutragen.

Sieht man nun auf die hiernach für Deutschland als Regel feststehende Bestimmung des Kammerguts, so erscheint dasselbe als Staatsgut insofern, als dessen Einkünfte zur Bestreitung von Staatsbedürfnissen verwendet werden müssen. Daher folgt das Kammergut stets der Landeshoheit, geht mit dieser als Object der Staatssuccession auf den Regierungsnachfolger über¹⁰⁾ und darf schon gemeinrechtlich nicht nach Willkür veräußert werden.¹¹⁾ Der Ursprung des Kammerguts kommt dabei nicht in Betracht, und es bewirkt keinen Unterschied, ob dasselbe aus Reichsgut, aus altem Familiengute oder aus neueren Erwerbungen bestehe, und ob diese durch Staatsverträge, Eroberungen, Säkularisationen und dgl. oder unter privatrechtlichem Titel gemacht seien.¹²⁾

⁹⁾ Reichsabchied von 1530 § 48, von 1543 § 24, von 1548 § 95, von 1557 § 48, von 1576 § 11, von 1654 §§ 14 und 180. Wahlkapitulation Art. 15, § 3. — Der auf Einräumung eines fast unbeschränkten Besteuerungsrechtes gerichtete Antrag vieler Reichsfürsten, gegen welchen aber andere, besonders Braunschweig-Wolfenbüttel, Einspruch gethan hatten, ist vom Kaiser in der Resolution vom 12. Februar 1671 entschieden abgelehnt. — E. K. S. Lang, *Histor. Entwicklung der deutschen Steuerfassung* S. 208 ff. — Eichhorn, *Deutsche Staats- und Rechtsgesch.* Th. 4, § 547.

¹⁰⁾ Die Verfügung der Rheinbundsakte Nr. 27, welche den mediatisirten Fürsten alle Domänen als Privateigentum zusprach, stand daher, wie Rotted a. a. D. S. 95 sehr richtig bemerkt, mit dem Rechte und der Geschichte in schroffem Widerspruche, da dieselben dadurch ein Mehreres erhielten, als sie je befoßen hatten, dem Staate aber durch die bisher von den Domänen getragenen Abgaben eine drückende Last zuwuchs, welche noch in der neuesten Zeit blutige Unruhen hervorgerufen hat.

¹¹⁾ Pöze, *Über Staatsseigentum* S. 26 ff. — Mittermaier, a. a. D. § 142.

¹²⁾ Deshalb sind denn auch die durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 § 35 den Fürsten zur Erleichterung ihrer Finanzen überwiesenen Güter der säkularisirten Stifter dem Kammergute einverleibt. *Landchaftsordnung* vom 12. Oktober 1832 § 163.

Eben in Gemäßheit der verwaltenden Bestimmung des Kammerguts zu Staatszwecken haben demselben die Gesetze vieler deutschen, besonders größerer Staaten¹³⁾ die Eigenschaft als *Staatsgut* ausdrücklich beigelegt oder die Verfügung über dessen Substanz in mehr oder minder ausgedehntem Maße zur ständischen Mitwirkung verstellt. Nur in einigen kleineren Ländern¹⁴⁾ ist das Kammergut fortwährend als Patrimonialgut der Fürsten behandelt.

3.

Im Herzogtume Braunschweig¹⁵⁾ hat seit einer Reihe von Jahrhunderten ebenfalls der in alten und neueren Verfassungsgesetzen anerkannte und bekräftigte Grundsatz gegolten:

daß die Aufkünfte des Kammerguts neben dem daraus zu bestreitenden Bedarfe der Herzoglichen Familie und Hofhaltung zu den Kosten der Regierung und Verwaltung des Landes zu verwenden und nur, soweit sie dazu nicht ausreichten, Beiträge von den Untertanen durch Steuern zu erheben seien.

Da dieser Grundsatz in stets gleicher Weise bei dem gesamten Kammergute des Herzoglichen Hauses befolgt ist, so wäre es vollkommen unnötig, ergründen zu wollen, was davon aus ehemaligem Reichsgute oder aus

¹³⁾ In Österreich: Bürgerliches Gesetzbuch § 287–290 — In Preußen: Edikt vom 13. August 1713 und Allgem. Landr. Th. 2, Tit. 14, § 11 ff; ferner in Bayern, Sachsen, Hessen usw. — S. Zacharia, Deutsch. Staats- und Bundesr. 3. Abt., S. 41, wo es heißt: „Ueberall ist dies geschehen, wo die in das Bewußtsein von Fürsten und Völkern getretene vollkommene Staatsidee eine den privatrechtlichen Boden verlassende, wahrhaft staatsrechtliche Organisation der gesamten Regierungsverhältnisse herbeigeführt hat, was auch in Betreff der Verwandlung des Kammerguts in wahres Staatsgut um so leichter geschehen konnte, als die deutschen Regenten dabei in der That nichts verloren, sondern im Gegenteil dadurch gewonnen haben, daß die ganze Staatswirtschaft vereinfacht, die Steuerverhältnisse fester reguliert, ein steter Zankapfel mit den Ständen beseitigt und dadurch ihre unabhängige und allen Angriffen entzogene Stellung als Souveräne nur befördert worden ist.“

¹⁴⁾ z. B. in Hohenzollern-Sigmaringen und im Fürstentume Siechtenslein.

¹⁵⁾ Struben, de collectarum et aerarior. provincial. origine praesertim in terris brunsv. & luneb. in ejus Observ. jur. et hist. Germ. Obs. III, §§ 11, 12, 13. — Auch in den hannoverschen Landesteilen gilt der nämliche Grundsatz, ibid. §§ 7, 10, vgl. besonders Verlepich: Geschichte des landschaftlichen Steuer- und Finanzwesens in den Fürstentümern Kalenberg und Göttingen, S. 11 ff.

dem im Jahre 1235 dem Reiche zu Lehen aufgetragenen vermeinten Stammgute der Welfen, Billunger, Northeimer, Süpplingenburger usw.¹⁶⁾ herrühre, sowie ob die Erwerbungen der folgenden Zeit¹⁷⁾ für das Herzogliche Haus oder für das Land gemacht worden. Vielmehr wird es genügen, die Annahme und fortwährende Beobachtung, imgleichen die grundgesetzliche Bestätigung des obigen Prinzips geschichtlich nachzuweisen.

4.

Wie im übrigen Deutschland¹⁸⁾, so haben auch in unserem Herzogtume die Fürsten, wenn die Aufkünfte ihrer Besitzungen in Fällen eigenen Bedrängnisses oder eingetretener Landesnot nicht auslangten, schon seit dem 13. Jahrhundert bald die Prälaten, Mannen und Städte, bald einzelne dieser Stände um eine Beihilfe angesprochen. In unverkennbarer Hinsicht aber auf die dem Kammergute zunächst obliegende Haftungspflicht ist diese Ansprache in Gestalt einer Bitte¹⁹⁾, die Gewährung derselben als eine freiwillige Gabe erfolgt.²⁰⁾ Als im Fortgange der Zeit

¹⁶⁾ Struben, Nebenstunden Th. 5, S. 548.

¹⁷⁾ Zu diesen späteren Erwerbungen (welche bei Struben, a. a. O. S. 394 und in Ribbentrops Beiträgen zum braunschweigischen Staatsr. Kap. 1 unvollständig und zum Teile unrichtig aufgeführt worden) gehörten außer den heimgefallenen Lehngrafschaften Blantenburg und Reinslein pp. und einzelnen Lehnsgütern, z. B. Hessen, Zerrheim pp., besonders: die Homburg-Ebersteinischen Besitzungen, die Herrschaft Warbera, die Kemter Thedinghausen und Kampen, gewissermaßen auch Lutter am Bge. — und aus der neueren Zeit die Abtei Gandersheim, die Stifter Ludgeri, Blasii und Cyriaci und die Comturei Süpplingenburg. Von den meisten dieser Erwerbungen ließe sich urkundlich nachweisen, daß sie von Staats wegen gemacht sind. Zwar hat das Herzogliche Haus mehrere Güter, z. B. Salder, Achim, Wendhausen, Bechelde mit Fürstenau, Sophiental pp. unter rein privatrechtlichem Titel erworben, allein auch diese sind dem Kammergute einverleibt, und der vormalige Kammerdirektor G. F. v. Bülow versichert daher auf Grund der Kammerakten, daß gegenwärtig im Herzogtume Braunschweig erweisliche Schatullgüter nicht vorhanden seien. Siehe dessen Mitteilungen S. 61 ff.

¹⁸⁾ Struben a. a. O., Th. 2, Abt. IX, §§ 7, 8, 9. Welker, Im Staatslexikon f. v. Beden Th. 2, S. 256.

¹⁹⁾ Daher der Name: Bede Petitiō—Rogatio. — Grimms Rechtsaltert. S. 297 und Eigenbrodt, von der Natur der Bedeabgaben (Gießen 1826), besonders § 21 ff., wo nachgewiesen wird, daß die Beden nicht die Natur gutherrlicher Gefälle hatten.

²⁰⁾ Die Herzöge Albert d. Gr. und Johann dankten in einem 1268 den Bürgern in Lüneburg ausgestellten Revers für die durch Bewilligung einer Beihilfe zur Bezahlung ihrer Schulden bewiesene

die Bedürfnisse sich steigerten und die Verwilligungen, denen man sich wohl nicht entziehen konnte, schon herkömmlich geworden waren, wurde gleichwohl das ursprüngliche Rechtsverhältnis dadurch aufrecht und im klaren erhalten, daß die Fürsten in besonderen Reversalen die Unverbindlichkeit der Untertanen zu den bewilligten Leistungen an Geld, Naturalien oder Diensten anerkannten und versprachen, sie aufhören zu lassen, sobald der Zeitraum, für welche sie zugesagt waren, verstrichen oder der Notstand, dem sie abhelfen sollten, gehoben sein würde.

Aus der langen Reihe solcher, in der Hauptsache ziemlich gleichlautenden Reversalen²¹⁾, zeichne ich beispielsweise aus:

die der Herzöge Bernd und Heinrich, in dem Jahren 1390²²⁾ und 1405²³⁾ den Prälaten, Mannen und den Städten Braunschweig und Helmstedt, und

die der Herzöge Bernd, Otto und Wilhelm, vom Jahre 1419²⁴⁾ den Mannen erteilt, worin für die Verwilligungen, zu welchen dieselben gar nicht verpflichtet gewesen seien, beweglich gedacht wird;

ferner

die Reversalen des Herzogs Heinrich des Äl. von 1500 und 1505²⁵⁾, worin derselbe ebenfalls für die zu einer und des Landes Errettung ausdrückender Schuldenlast auf 9 Jahre und nicht länger verwilligte Bierzinse dankt, den Ständen die Aufsicht über die wichtige Verwendung der aufkommenden Gelder ge-

benevalantia und fügen die Versicherung hinzu: „quodsi nobis in posteris similis incumbat necessitas talis petitio seu exactio hactenus inaudita, contra ipsos nec per nos, nec per fratres nostros attemptabitur ullo modo.“ S. Jung, Sylloge document. pro salina lüneburg, pag. 80. In einem von den Äbten zu Et Meghdii und Riddaashausen und den Stiftern Blasii und Cyriaci 1482 mit dem Kloster Steterburg geschlossenen Vertrage heißt es: „So alze de Prelaten dieses Landes tho Brunswig usen gnedigen Heren, de Försten, syn Geschenke um Freundschap um örer Bede willen plegen to gevende p“. (Original im hiesigen Archive.)

²¹⁾ S. des vormaligen Landynditus Wisman (handschriftl.), Annalen der Wolfenbüttelschen Landschaft von 1345, 1723 (zu den betreffenden Jahren).

²²⁾ Hoffmanns Sammlung ungedruckter Nachrichten, Th. 1, S. 206 ff.

²³⁾ Ribbentrops Sammlung der Landtagsabschiede, Th. 1, S. 1.

²⁴⁾ daselbst S. 2.

²⁵⁾ daselbst S. 3, 16 und 18.

stattet und dabei für die Zukunft Einschränkung seiner Hofhaltung, Unterlassung von Veräußerungen und Belastungen des Kammergutes und dgl. mehr verspricht.

5.

Im 16. Jahrhundert häuften sich bei stets wachsendem Bedürfnisse die Anforderungen der Fürsten, und die Stände mußten sich zur Wiederholung der früheren und zu neueren Verwilligungen verstehen, versäumten es aber nicht, sich wiederum Reversalen ausstellen und ihre Privilegien von neuem anerkennen und bestätigen zu lassen.²⁶⁾ Nachdem indes die Reichsgesetze²⁷⁾ die deutschen Fürsten ermächtigt hatten, zu Reichssteuern, Kreisanlagen und Landesverteidigungskosten von ihren Untertanen *Beihilfen* zu verlangen und Beiträge²⁸⁾ zu erheben, konnte freilich eine Weigerung dagegen nicht mehr stattfinden, allein die Stände nahmen nunmehr ernstlich Bedacht darauf, daß die *Schätzungen* — diesen Namen hatten die ehemaligen Beden erhalten — gleichmäßiger verteilt und der jetzt eingetretenen Steuerpflicht feste Grenzen gesetzt wurden. So entstanden aus den Verhandlungen der Landschaft mit dem Herzog Heinrich d. Jüng.

das Ausschreiben vom 10. September 1557, wie es mit der Einforderung der Schätzungen usw. zu halten sei²⁹⁾,

und aus den Verhandlungen mit Herzog Julius die Reversalien vom Donnerstag nach Michaelis 1572.

Beide sind von besonderer Wichtigkeit, das Ausschreiben als die Grundlage einer regelmäßigen Steuerverfassung, der Revers als Richtschnur für die Beurteilung, welche der Landesaussgaben aus dem Kammergute und welche durch Steuern zu decken seien.

²⁶⁾ Landschaftliche Verhandlungen aus den Jahren 1530, 1537, 1548 und 1549, 1560 und 1561.

²⁷⁾ S. oben § 2, Note 3.

²⁸⁾ Nur Beihilfe und Beiträge, denn die Fürsten selbst sollten „sich gleichermaßen wie ihre Untertanen angreifen“. — *Leist. Staatkr.* § 207 und die daselbst angeführten Reichsgesetze. *Eichhorn*, deutsch. Staats- und Rechtsgech. Th. 4, § 537 (5. Auflage).

²⁹⁾ *Bode*, Beiträge zur Geschichte des Herzogt. Braunschweig S. 91 ff. — Dieses Ausschreiben kann gewissermaßen als die erste Schatzordnung gelten, an welche sich die Schatzordnung von 1619 anlehnten.

6.

Als nämlich die Stände in den Jahren 1570 und 1571 nach langem Sträuben²⁰⁾ zur Tilgung der auf dem Kammergute haftenden Kapitalschulden und rückständigen Zinsen unter mancherlei Vorbehalten abermals die beträchtliche Summe von 391 000 Goldgulden bewilligt und auf die deshalb aufzubringenden Schatzungen angewiesen hatten, reverterte sich der Herzog folgendermaßen²¹⁾:

„Und man soll ische drehmahll hundert tausent goldtgulden hauptsummen und die darauff gerechnete ein bund neuntzig tausent goldtfl. Zinsse neben den darzu gehörigen nothwendigen außgaben, alß nemlich, was off den Kenntmeister bund Gegenichreiber, wie bißhero geschehen, Johrliches gehen wirdet, mit göttlicher Hülffse bezahlet (wie dan zugelegter Rechnungß bund gemachten Anschläge nach, verhoffentlich, Jedoch ungefehrlich in eilff oder zwölff Jahren woll geschehen möchte.) wollen wir alle bund Jede oberürte Stewr bund Schatzungen genzlich abschaffen bund die Landtstehende mit mehrern nicht beschwehren, da aber vns bund vnserm Fürstenthumb ein offensif-Krieg (das Gott gnediglich verhüte.) auffstoßen sollte bund also vns noth sein würde, vns bund vnser Landt vnd Leuthe für vnrechte gewaldt zu defendieren bund zu schützen, Oder aber auch vnser Frumlein mitt Göttlicher hülff austewren werden, oder wen Reichshülffse auff gemeinen Reichstagen angelegt bund bewilligett worden, derzu wir wegen vnserß Fürstenthumbß zu contriburiren schuldigt. So sollen bund wollen sich die Prelaten, die von der Ritterschafft bund Stette bund alle andere vnserer Vnderthanen nach Ihne off gemeinen Landtagen surgehen, der berathschlagunge bund bewilligung, wie von alters her vblich bund gebreuchlich, der gebeur erzeigen bund vorhalten, aber außershalb dieser fürgemeldeten Felle wollen wir sie mit keiner weiteren stwren noch Schatzunge beleggen oder beschwehren.“

7.

Es sind nun zwar, des erteilten Versprechens ungeachtet, vom Herzoge Julius selbst und von seinen Nach-

²⁰⁾ Abhieb des städtischen Ausschusses vom 4 November 1570 und 5. Juli 1571. Ribbentrop, a. a. O., Th. 1, S. 63

²¹⁾ Fehlerhaft abgedruckt bei Ribbentrop, a. a. O., Th. 1, S. 66.

folgern oft genug Aufforderungen an die Landschaft zur Übernahme der immer von neuem angeschwollenen Kammer Schulden gemacht und darauf Verwilligungen erfolgt, fortwährend ist jedoch durch Vorbehalte und erneuerte Reversalien das vom Herzoge Julius ausgesprochene Prinzip sichergestellt,

daß, die ausdrücklich ausgenommenen Fälle abgerechnet, die Untertanen mit keinerlei Steuern beschwert werden sollen,

woraus denn von selbst folgt, daß der gesamte übliche Aufwand für das Fürstliche Haus und die Verwaltung des Landes aus dem Kammergute zu bestreiten war und bestritten wurde.

Zum Beispiele und Beweise mögen dienen:

Der Landtagsabschied vom 28. Dezember 1586 und die Reversalien von demselben Tage ³²⁾, erteilt bei Verwilligung einer Summe von 300 000 Goldgulden, unter welcher aber die Ausstattung für die Universität Helmstedt mitbegriffen war;

die Reversalien des Herzogs Heinrich Julius vom 3. Juni 1597 und 31. Januar 1598 ³³⁾, bemerkenswert besonders deshalb, weil darin die Einsetzung des Schatzkollegiums, das nunmehr das landschaftliche Steuer- und Rechnungswesen ausschließlich zu leiten hatte, genehmigt wurde;

der Landtagsabschied von 1614 ³⁴⁾ mit dem darin bei Verwilligung von 500 000 (Spezies) Talern gemachten Vorbehalten;

der Revers des Herzogs August d. Jüng. vom 19. Januar 1636 ³⁵⁾, worin die landschaftlichen Privilegien und die sämtlichen von den Fürsten der 1654 ausgestorbenen f. g. mittleren Braunschweigischen Linie erteilten Reversalien im allgemeinen bestätigt sind, und

der Revers desselben vom 10. November 1636 ³⁶⁾, welcher den Revers des Herzogs Julius von 1523 fast wörtlich wiederholt;

der Nebenrezeß von 1682 ³⁷⁾, enthaltend die Versicherung, daß nach Abtragung der damals von der Landschaft

³²⁾ Ribbentrop, a. a. O., Th. 1, S. 68, 75.

³³⁾ daselbst S. 109 und 118.

³⁴⁾ daselbst S. 206.

³⁵⁾ daselbst Th. 2, S. 99.

³⁶⁾ daselbst Th. 2 S. 102 und 108.

³⁷⁾ Liebhauer, Braunschweig. Landr. Th. 1. S. 319.

übernommenen Kammerschulden zu 8 Tonnen Goldes, die deshalb ausgeschriebene Biersteuer von selbst aufhören solle;

der Landtagsabschied von 1792³⁸⁾ § 6, nach welchem es bei dem, was

„in Betreff der Anlage neuer Kollekten in den Landtagsabschieden und in specie anno 1419, 1500, 1572, 1597 und 1598 disponiert worden, unteränderlich zu lassen ist“;

die landschaftlichen Privilegien vom 9. November 1779³⁹⁾ Art. 24, wo es neuerdings ausgesprochen wird, daß nach fürstlichen Reversalien, Verträgen und Grundsätzen die Stände zu keinen anderen Steuern und Schatzungen als zu Reichs-, Kreis- und Prinzessinnensteuern und zu demjenigen, was zur notwendigen Defension des Vaterlandes gehöre, verbunden seien;

der Landtagsabschied vom 2. September 1775⁴⁰⁾, welcher am Schlusse abermals alle der Landschaft erteilten Reversalien, Privilegien usw. bestätigt;

endlich das berühmte, im Einverständniß mit der Landschaft erlassene Edikt vom 1. Mai 1794, worin, um künftigen Belastungen des Landes vorzubeugen, die Aufnahme neuer Kammerschulden sowie jede Veräußerung vom Kammergute⁴¹⁾ in der Regel streng untersagt und nur in besonderen Ausnahmefällen mit ständischer Genehmigung usw. gestattet ist.

8.

Bis zur Auflösung des Deutschen Reiches und der unmittelbar darauf erfolgten französischen Besitznahme des Landes stand es daher verfassungsmäßig und grundgesetzlich fest, daß von den Untertanen Steuern nur behuf der

³⁸⁾ Liebhaber, braunschw. Landr. Th. 1 S. 339.

³⁹⁾ Dasselbst S. 429.

⁴⁰⁾ Liebhaber, a. a. O., S. 485.

⁴¹⁾ Mit dem Grundsatz, nach welchem die Kosten der Landesverwaltung zunächst auf dem Kammergute lasten, steht, weil er sonst gar nicht durchführbar wäre, die Unveräußerlichkeit des Kammerguts in unverkennbarer Verbindung; sie ist daher auch schon festgesetzt oder anerkannt mit dem Erbvertrage der Söhne des Herzogs Magnus m. d. Rette: Friedrich, Bernd, Heinrich und Otto von 1374 — in den Reversalien Herzogs Heinrichs d. Alt. von 1500 — gewissermaßen in dem Testamente des Herzogs Julius von 1583, auf welches Herzog August in seinem Reversale vom 19. Januar 1636 bestätigend hinweist, — und endlich in den landschaftlichen Privilegien von 1770 § 7.

Reichs- und Kreis⁴²⁾ = anlagen, welchen die Kosten der Gesandtschaften zu Reichs- und Kreistagen hinzugesetzt waren⁴³⁾, ferner behuf der Landesverteidigung gegen einen feindlichen Angriff und endlich behuf der Ausstattung von Prinzessinnen⁴⁴⁾ des regierenden Hauses gefordert und erhoben werden durften. Eigentlich wären von den Untertanen nur Beiträge⁴⁵⁾ zu den Reichs- und Kreissteuern und zu den Landesdefensionskosten aufzubringen gewesen; es war indes herkömmlich geworden, daß diese Lasten ganz und ohne Herbeiziehung des Kammerguts vom Lande getragen und die Verteidigungskosten auf die volle Unterhaltung des stehenden Militärs, der Festungen usw. ausgedehnt wurden.

Außer diesen f. g. quattuor casibus exceptis lastete aber alles, was der Bedarf des Herzoglichen Hauses und seiner Hofhaltung erforderte und der gesamte Kostenaufwand für die Regierung und Verwaltung des Landes auf dem Kammergute und den dazu gelegten Gefällen, und es hing von der freiwilligen Verwilligung der Stände ab, ob und in welchem Maße Zuschüsse dazu vom Lande zu leisten seien.

9.

Nach der Restauration im Jahre 1813 trat dieses Verhältnis wieder ins Leben, und es wurde in der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 § 15 ausdrücklich festgesetzt: daß, da der bisherigen Verfassung nach nur die Reichs-, Kreis- und Prinzessinnensteuern, sowie überhaupt die zur notwendigen Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Auflagen ohne vorgängige Verwilligung der Stände aufgebracht werden mußten, dieser Grundsatz auch ferner seine Anwendung behalte

⁴²⁾ Wegen der Kreisanlage f. die Reichssekutionsordnung von 1555 § 62. Vergl. Wisman zum Jahre 1572

⁴³⁾ Kaiserliche Resolutionen vom 19. Juni 1670 und vom 2. Februar 1671.

⁴⁴⁾ Schon im Jahre 1488 ist laut der Reversalen, welche damals der Herzog Wilhelm d. Jüng und sein Sohn Heinrich der Landschaft erteilten, die Aufbringung der Fräuleinststeuer als eine herkömmliche Last der Landschaft angesehen. Der Betrag derselben, über welchen früher gestritten war, ist durch den Art. 25 der landschaftlichen Privilegien von 1770 für jeden Fall der Ausstattung von Töchtern regierender (nicht appanagierter) Fürsten auf 20 000 Fürstengulden bestimmt. — Ribbentrop, Beiträge S. 126. — Bode, Beiträge S. 25 ff.

⁴⁵⁾ Siehe oben § 5 Note 3.

und jetzt nur statt der vormaligen Reichs- und Kreis-
anlagen das zur Erfüllung der Bundesverpflichtun-
gen Erforderliche nach Bedürfnis durch Steuern zu
decken sei.

Die Erhebung, Verwaltung und Berechnung der Steuern
war dem neu eingesetzten Steuerkollegium übertragen, und
die in die Landessteuereasse fließenden Einnahmen sowie
die aus derselben zu bestreitenden Ausgaben wurden
dem obigen Grundsatz entsprechend vertragsmäßig regu-
liert.⁴⁶⁾ In Ansehung des gesamten übrigen Bedarfs des
Landes und des Herzoglichen Hauses blieb es bei der alten
Einrichtung, daß dafür allein die Herzogliche Kammerkasse
aufkam. Zugleich wurde das Verbot der Veräußerung
von Kammergütern und die Aufnahme neuer Kammer-
schulden mit den durch die Umstände herbeigeführten
Nebenbestimmungen nachdrücklich wiederholt.⁴⁷⁾

Auch die Neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober
1832 hat die bisherigen Rechtsverhältnisse des Kammer-
gutes und namentlich die Bestimmungen des Edikts vom
1. Mai 1794 im allgemeinen unverändert gelassen⁴⁸⁾ der-
gestalt, daß das Kammergut fortwährend in seinem ganzen
Bestande erhalten und der Ertrag desselben nach Abzug
der Verwaltungskosten und der Zinsen p. auf die noch
vorhandenen Kammer Schulden wie bisher zur Be-
streitung der Bedürfnisse des Fürsten und
des Landes verwendet werden soll. Einzig
darin ist eine Abänderung getroffen, daß, während vorhin
der Bedarf des Landes zuerst aus der Kammerkasse
zu decken und erst der bleibende Überschuß dem Fürsten zur
freien Verfügung überlassen war, nunmehr die zum Be-
darf des Fürsten vorbehaltene und durch besondere
Übereinkunft⁴⁹⁾ bestimmte Summe aus dem Reinertrage

⁴⁶⁾ Verordnung vom 29. Oktober 1821, das Landessteuerkolle-
gium betreffend, § 7 und Landtagsabschied vom 11. Juli 1823,
Art. 2.

⁴⁷⁾ Landschaftsordnung von 1820 § 5 und Verordnung vom
29. Oktober 1821, die Kammer Schulden betreffend.

⁴⁸⁾ Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 § 161 ff.

⁴⁹⁾ S. den Finanz- und Nebenvertrag vom 12. Oktober 1832,
abgedruckt in der Verordnungsammlung für 1835, S. 645 ff. und
vgl. damit die (lithographierten) Protokolle der ständischen Sitzungen
vom 3., 11., 12., 13. und 14. September 1832 nebst deren Anlagen,
besonders den in der Sitzung vom 3. September 1832 von dem
damaligen Landshyndikus Pricelius erstatteten Bericht.

des Kammerguts vorab zu nehmen ist und erst das, was alsdann übrigbleibt, mit dem Einkommen aus der Steuerverwaltung in der Hauptlandeskasse zusammenfließt.

10.

Allem Bisherigen zufolge läßt sich die zur Berichterstattung verstellte Frage von dem Rechtsverhältnisse des Kammerguts im allgemeinen und von den Ansprüchen des Herzoglichen Hauses und des Landes an den Aufkünften aus dem Kammergute im besonderen

in Erwägung, daß es dabei nicht auf die — ohnehin mit Sicherheit und Vollständigkeit nicht mehr zu ermittelnden — ursprünglichen, sondern nur auf die Verhältnisse ankommen kann, welche aus der dem Kammergute seit Jahrhunderten gegebenen Bestimmung hervorgegangen, durch Verträge zwischen den Fürsten und Ständen befestigt und durch wiederholte Sanctionierung in den Landesgrundgesetzen zur vollen und alleinigen Geltung gelangt und darin bis jetzt geblieben sind,

nur dahin beantworten:

daß das Kammergut in dem durch die Neue Landschaftsordnung bestimmten Umfange der Substanz nach mit dem Lande untrennbar verbunden, an dessen Aufkünften dem Herzoglichen Hause auf den vereinbarten Betrag seines Bedarfs ein bevorzugtes Recht zuständig, der Ueberschuß jedoch zur Bestreitung des Landesbedarfs zu verwenden sei. —

Wolfenbüttel, am 25. November 1848.

gez. S e t t l i n g.

Nach den derzeit der Landschaft vorgelegten Berechnungen waren die Einnahmen der Kammerkasse auf jährlich 766 807 Thlr. die Ausgaben ders. an Kosten der Landesverwaltung auf 531 051 „ veranschlagt.

Der Ueberschuß zu 235 756 Thlr. diente zum Anhaltspunkte für die als Bedarf des Landesfürsten festgesetzte Summe von 19 000 Thlr. Go d und 218 000 Thlr Konventionsmünze, welche im Falle zu zahlender Apanagen und Wittümer (nach § 171 der Landschaftsordnung) noch zu erhöhen sein würde.

(Die Einnahme der Kammerkasse war hiernach bedeutend größer als die der Steuerkasse, da laut Landtagsabschied vom 11. Juli 1823 § 9 die bewilligten Steuern nur 647 310 Thlr. betrugen.)

Anhang zu dem Hettling'schen Gutachten,

einige literarische Notizen enthaltend:

1. F. P. von Bülow⁵⁰⁾ rechnet das Kammergut im hiesigen Herzogthume im Zweifel zum herzoglichen Familienvermögen und hält es für ein im Gesamteigenthum des ganzen Hauses sich befindendes Stammgut, auf welchem nur „eine gewisse Obliegenheit gegen den Staat, bezüglich auf die Lasten der Landesregierung, laste.“ —

Die geschichtlichen Vordersätze sind nicht haltbar, und die Konklusion fällt schon deshalb zusammen, weil dabei die älteren und neueren grundgesetzlichen Bestimmungen ganz unberücksichtigt geblieben sind.

2. Im Gegensatz davon will

F. R. von Strombeck⁵¹⁾ die Domänen unseres Landes ohne Unterschied als Staatsgut betrachten, bloß weil sie durch von den Ständen bewilligte Summen oft ausgelöst und von Schulden ganz oder zum Theile befreit worden.

Die Tatsache ist richtig, aber die Folgerung durchaus nicht schlüssig.

3. Chassot de Florencourts durch das Edikt vom 1. Mai 1794 veranlaßtes Schriftchen⁵²⁾ ist ziemlich unbedeutend und ermangelt besonders einer tüchtigen geschichtlichen Unterlage.

4. Eine Abhandlung von G. Schneider: Über Stammgüter und Zivillisten deutscher Fürsten⁵³⁾, hat sehr geringen wissenschaftlichen Wert und ist für die Verhältnisse unseres Landes unbrauchbar.

Besonders beachtenswert ist dagegen

5. das Gutachten der Tübinger Juristen-fakultät, betreffend die hannoversche Verfassungsfrage⁵⁴⁾, worin mit Bezug auf die hannoverschen Domänen ausgeführt ist:

„daß der Landesherr als solcher, wenn nicht alle, doch den größten Teil der fürstlichen Domänen und

⁵⁰⁾ Hannoverische Zeitung von 1837 Nr. 308, etwas umgearbeitet in den Mittheilungen zur braunschweigischen Geschichte S. 85 ff.

⁵¹⁾ Staatswissenschaftliche Mittheilungen Heft II Nr. 5.

⁵²⁾ Etwas über die Natur, die Veräußerung und Verschuldung der Kammergüter weltlicher deutscher Reichsstände (Helmstedt 1795).

⁵³⁾ Auch unter dem Titel: Wem gehören die Kammergüter dem Fürsten oder dem Volke? mit besonderer Beziehung auf die sächsischen Regenten, Ernestinischer u. Albertinischer Linie (Leipzig 1831),

⁵⁴⁾ Herausgegeben von Dahlmann (Jena 1839) S. 237.

Rechte erworben und auch dasjenige, was vorher schon dagewesen oder später als eine Privaterwerbung hinzugekommen sei, jedenfalls in der Folge durch Comixtio die öffentliche Eigenschaft jener ersten Güter und Gefälle angenommen habe, womit sie seit unbordenklicher Zeit als Teile einer und derselben Universitas, des Kammerguts, vereint gewesen p. Seit der Verbindung mit der Landeshoheit aber habe jedes fürstliche Kammergut keine andere Bestimmung als die gehabt, nebst dem Unterhalte der fürstlichen Familie die Lasten der Landeshoheit zu bestreiten, sei es nun im Verhältnis zum Reiche durch Leistung des Reichsdienstes und Tragung der Reichsabgaben, oder im Verhältnisse zum Lande durch Beschätzung der Untertanen und die nötigen Anstalten für den Amts- und Gerichtsdienst pp.“

6. Die, übrigens sehr schätzbaren Abhandlungen von P o s s e ⁵⁵⁾, geben für die hier vorliegende Frage weniger Ausbeute, als ihr Titel erwarten ließ. —

gez. Hettling.

⁵⁵⁾ Ueber die Sonderung reichsständischer Staats- und Privat-Verlassenschaft (Göttingen 1790) und: Ueber das Staatseigenthum in den Deutschen Reichslanden und das Staats-Repräsentationsrecht der deutschen Landstände (Kostock und Leipzig 1794).

III.

Bekanntmachung der Revolutionsregierung im „Volksfreund“ vom 10. November 1918, dem damaligen Regierungsorgan

Volksfreund.

Republikanisches Organ für Braunschweig und Umgegend.

Braunschweig, Sonntag, 10. November 1918.

A n A l l e !

Nachdem durch die Tat der Soldaten und Arbeiter das Machtinstrument der herrschenden Klasse — der Militarismus — zerbrochen worden ist, ist die Bahn frei geworden für die Freiheit und das Recht. Auf dem Wege zur vollen Demokratie und zum Sozialismus ist kein Hindernis mehr, keine Gewalt kann die Demokratie und den Sozialismus aufhalten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, aus den Vertrauensleuten der Arbeiter und Soldaten gebildet, sieht es als seine Aufgabe an, im braunschweigischen Lande die Revolution restlos durchzuführen und die sozialistische Republik organisch aufzubauen.

Zur Vorbereitung dieser Umgestaltung, die in sich einschließt die volle Beseitigung des Kapitalismus, nimmt der Arbeiter- und Soldatenrat alle politische Macht in Braunschweig in seine Hand. Vorbehaltlich der Zustimmung der aus späteren Wahlen hervorgegangenen Landesvertretung erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat.

das Land Braunschweig zur Republik.

Damit sind alle herzoglichen Domänen und Güter zum Eigentum der Republik erklärt und alle persönlichen Titel und Vorrechte aufgehoben. Jeder Braunschweiger ist Bürger des Landes. Auf Grund eines freiesten Wahlrechtes werden alle mündigen Frauen und Männer des Landes an der Regierung teilnehmen, indem sie durch Ausübung des Wahlrechtes die Stellung und den Gang der Regierung bestimmen.

Die Macht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates bedeutet nicht nur die politische Freiheit und das gleiche politische Recht für alle. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird auch einleiten und durchführen die vollkommene wirtschaftliche und soziale Befreiung und Gleichheit, das heißt, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat wird die zu wählende Landesversammlung in der Aufgabe, den Kapitalismus und seine Wirtschaftsform abzubauen und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung durchzuführen, stützen und kontrollieren.

Der organische Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung wird lange Zeit erfordern. Es ist deshalb notwendig, alle Härten der kapitalistischen Wirtschaftsform für die Bevölkerung des Landes im weitesten Maße zu mildern. Zu diesem Zwecke übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat alle Einrichtungen und alle Funktionen des vorhandenen Staatsapparates und überträgt sie

V o l k s k o m m i s s a r e n ,

die in seinem Auftrage handeln, seine Beschlüsse durchführen und ihm in jeder Weise verantwortlich sind. Der Arbeiter- und Soldatenrat richtet vorläufig folgende Volkskommissariate ein:

1. das Volkskommissariat für die Regelung der inneren Verhältnisse des Landes und der Durchführung und Erhaltung der Ordnung;
2. das Volkskommissariat der revolutionären Verteidigung. Es hat die Republik gegen alle offenen und versteckten Feinde zu verteidigen, das gegenwärtige Militärssystem abzubauen, die Demobilisation durchzuführen und die Rote Garde als Volkswehr zur Verteidigung der Freiheit und des Rechts zu organisieren;
3. das Volkskommissariat für Handel und Verkehr;
4. das Volkskommissariat für das Recht;
5. das Volkskommissariat für Ernährung und Bekleidung;
6. das Volkskommissariat für die Arbeit, dem die Aufgabe obliegt, den gesamten Arbeitsprozeß des Landes zu überwachen und alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Produktion aufrechterhalten und allen Arbeitenden der gebührende Lohn zuteil wird;

7. Volkskommissariat für Volksbildung;

8. ein Volkskommissariat für die Stadt Braunschweig.

Diese Volkskommissariate treten ihre Tätigkeit sofort an. Alle Beamten und Angestellten im Lande haben weiter ihre Pflicht zu erfüllen, alle Arbeiter werden zur wert-schaffenden Arbeit zurückkehren, alle Bebauer des Bodens werden das Land bestellen. Die Arbeit ist die oberste Pflicht und Würde eines jeden Bürgers.

Arbeiter!

Soldaten!

Bürger!

Wahrt die Ruhe! Kein Blut soll den Sieg der Freiheit des Rechtes besudeln. Unterstützt die Volkskommissare in ihrer Arbeit. Habt auch Geduld. Viel Arbeit wird erforderlich sein, um das Werk durchzuführen, das wir zum Wohle des Volkes durchführen müssen. Die heilige Sache des Volkes hat gesiegt. Es gilt, diesen Sieg zu erhalten und auszubauen. Friede, Freiheit und Brot für alle — das ist das Ziel der sozialistischen Republik. Erreichen können wir dieses Ziel nur durch die Mitwirkung aller Kräfte im Volke. Wir bitten um diese Mitwirkung.

Aus dem Chaos, das der Krieg geschaffen hat, heraus-zukommen, des Volkes Ernährung zu sichern, ihm lo-hnende Arbeit zu schaffen und zu erhalten, ist unsere nächste Aufgabe. Ruhe, Selbstzucht und Besonnenheit des Volkes sind notwendig, wenn wir diese Aufgabe erfüllen sollen. Wir bitten um Ruhe, Selbstzucht und Besonnenheit.

Die Ernährung des Volkes ist das erste Wichtige. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist zur äußersten Rücksichts-losigkeit entschlossen gegen alle, die Anschläge unternehmen gegen die Durchführung einer ausreichenden Volks-ernährung.

Wehe den Wucherern! Wehe den Nahrungsmittel-hamstern! Wehe allen, die den Grund und Boden nicht bestellen, Nahrungsmittel zugrunde gehen lassen, den Ver-kehr mit Lebensmitteln hemmen! Das Volkskommissariat für Ernährung wird unverzüglich alle Schritte zur vollsten Erfassung aller Lebensmittel ergreifen. Wir drohen nicht nur, wir handeln und führen aus!

Arbeiter!

Soldaten!

Bürger!

Das Vorstehende ist unser Programm. Helft uns in seiner Durchführung. Dann wird die Revolution, die der Segen für das Volk ist, unblutig und ohne Härten durchgeführt werden.

Selbstzucht, Ordnung, Arbeit heißt die Parole für alle.
Nur unter dieser Parole ist das Werk durchzuführen.

Es lebe die sozialistische Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
gez. Husar Emil Schütz.

Der Präsident der sozialistischen Republik:
gez. August Merges.

Die Volkskommissare:

Inneres und Finanzen: gez. Sepp Dertter.

Revolutionäre Verteidigung: gez. Obermatrose Rosenthal.

Verkehr und Handel: gez. Michael Müller.

Recht: gez. August Junke.

Ernährung: gez. Gustav Gehrke.

Arbeit: gez. Karl Eckart.

Volksbildung: gez. Frau Jachauer.

Stadt Braunschweig: gez. August Wesemeier.

Stabi Braunschweig

56



280-279-8